

Herausgeberin:
Landeshauptstadt Stuttgart

Themen

4/2011

**Erste Ergebnisse der Stuttgarter Online-Jugendbefragung
2010/2011**

**Daten zu einer Beurteilung des materiellen und
immateriellen Wohlstands in den 15 Großstädten
Deutschlands**

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte nach
Staatsangehörigkeit am Arbeitsort Stuttgart seit 2005

Stuttgarter Zahlenspiegel

Veröffentlichungen zu den Themen



Aktuelle Grafik:

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte nach Staatsangehörigkeit
am Arbeitsort Stuttgart seit 2005

111

Hauptbeiträge:

**Erste Ergebnisse der Stuttgarter Online-Jugendbefragung
2010/2011**

112

**Daten zu einer Beurteilung des materiellen und immateriellen
Wohlstands in den 15 Großstädten Deutschlands**

133

Veröffentlichungen zu den Themen

Rückseite

Impressum:

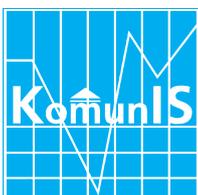
Statistik und Informationsmanagement, Monatsheft 4/2011

Herausgeberin:

Landeshauptstadt Stuttgart
Statistisches Amt, Eberhardstraße 39, 70173 Stuttgart
Telefon 0711 216-98587, Telefax 0711 216-98570
E-Mail: poststelle.12@stuttgart.de

Internet: www.stuttgart.de/statistik
Verantwortlich für den redaktionellen Inhalt: Thomas Schwarz

Preis pro Monatsheft: 4 €



Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte nach Staatsangehörigkeit am Arbeitsort Stuttgart seit 2005

Nadja Wittmann

Von den 344 223 sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am Arbeitsort Stuttgart hatten im Juni 2010 rund 48 000 eine ausländische Staatsbürgerschaft. Das entsprach 13,9 Prozent der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten. Der Schnitt lag in Deutschland bei 6,9 Prozent und in Baden-Württemberg bei 10,7 Prozent.

Den höchsten Anteil an den ausländischen Beschäftigten stellten die Beschäftigten mit Staatsangehörig-

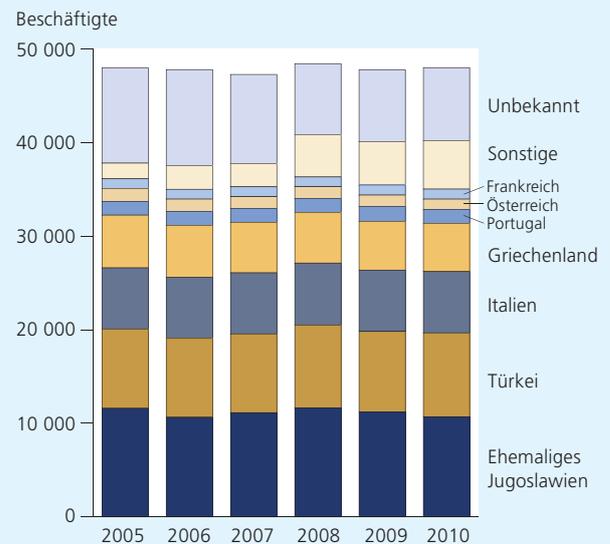
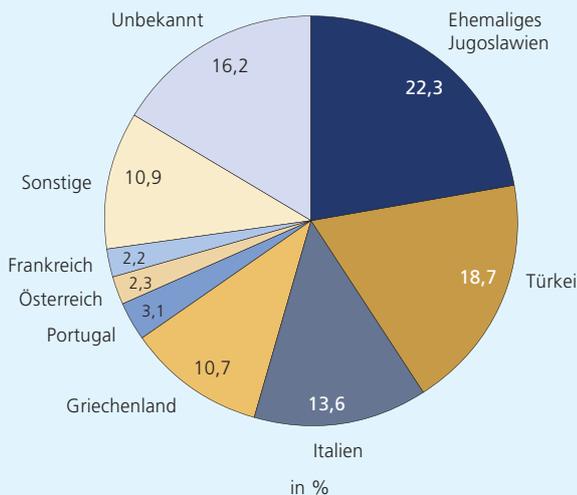
keiten der Nachfolgestaaten des ehemaligen Jugoslawien (22,3 %). Den zweithöchsten Anteil wiesen mit 18,7 Prozent die türkischen Beschäftigten und mit 13,6 Prozent die italienischen auf (vgl. Abbildung 1). Bei 16,2 Prozent aller Beschäftigten ist ihre Nationalität nicht bekannt. Knapp 43 Prozent aller ausländischen Beschäftigten waren im Jahr 2010 Bürger der Europäischen Union.

Zwischen 2005 und 2010 kam es nur zu kleineren Änderungen in der struk-

turellen Zusammensetzung der ausländischen Beschäftigten (vgl. auch Abbildung 2). Den stärksten Zuwachs verzeichnete die Zahl der polnischen Beschäftigten mit 19,6 Prozent. Stärkere Zuwächse gab es auch bei der Zahl der türkischen (+ 6,0 %) und slowenischen (+ 4,5 %) Beschäftigten. Zu stärkeren Rückgängen kam es bei den österreichischen (- 19 %), griechischen (- 9,0 %) und ehemaligen jugoslawischen (- 7,7 %) Beschäftigten.

Abbildung 1: Anteile an allen ausländischen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Stuttgart im Juni 2010 nach der Nationalität

Abbildung 2: Entwicklung der Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Stuttgart zwischen Juni 2005 und Juni 2010 nach ihrer Nationalität



Katarina Weßling

Ergebnisse der Stuttgarter Online-Jugendbefragung 2010/2011

Erstmals befragt das Statistische Amt Stuttgarter Jugendliche

Zum ersten Mal fand Ende 2010 eine Befragung unter Stuttgarter Jugendlichen im Alter zwischen 15 und 21 Jahren statt. Im Mittelpunkt der ersten Stuttgarter Online-Jugendbefragung stand die Meinung der Jugendlichen zum Leben in ihrer Stadt und ihrem Stadtbezirk. Mit welchen Lebensbereichen sind die Stuttgarter Jugendlichen besonders zufrieden oder unzufrieden? Wo sehen sie die größten Probleme der Stadt? Daneben bildeten Schule, Ausbildung und die Vorstellungen von der persönlichen Zukunft zentrale Themen der ersten Stuttgarter Jugendbefragung.

Insgesamt fühlt sich die große Mehrheit der Jugendlichen sehr wohl in Stuttgart und lebt gerne hier. Gleichzeitig zeichnen sich die Stuttgarter Jugendlichen durch ein breites Bewusstsein für Probleme der Landeshauptstadt aus. Die Bildungs- und Berufsaussichten in Stuttgart schätzt ein Großteil der Jugendlichen positiv ein. Von der Gestaltung und Entwicklung der persönlichen Zukunft haben nahezu alle Befragten ein konkretes Bild.

Die Befragung führte das Statistische Amt im Auftrag der Koordinierungsstelle Jugendbeteiligung des Haupt- und Personalamts, des Stuttgarter Jugendrats und des Stadtjugendrings Stuttgart e.V. durch. Die Ergebnisse der Befragung bildeten eine zentrale Informations- und Diskussionsgrundlage für das Jugendhearing im Stuttgarter Rathaus am 12. Februar 2011.

Methodische Aspekte: Auswahlverfahren, Feldzeit und Rücklaufstatistik, Besonderheiten der reinen Online-Befragung

1337 Jugendliche haben sich beteiligt

Ende letzten Jahres wurden durch das Statistische Amt Jugendliche im Alter zwischen 15 und 21 Jahren mit Hauptwohnung in Stuttgart nach dem Zufallsprinzip aus dem Einwohnermelderegister ausgewählt und schriftlich gebeten an der Jugendbefragung teilzunehmen. Die Teilnahme war ausschließlich online möglich.

Grundsätzlich variiert die Rücklaufquote auch bei Online-Befragungen in Abhängigkeit der zu untersuchenden Zielgruppe. Bei der Zielgruppe der vorliegenden Befragung handelt es sich um Personen, die sehr viel stärker im Internet aktiv und präsent sind als alle anderen Altersgruppen. So ermittelt beispielsweise die Shell-Jugendstudie 2010, dass 95 Prozent der weiblichen Jugendlichen zwischen 12 und 25 Jahren und 97 Prozent der männlichen Jugendlichen gleichen Alters einen Zugang zum Internet haben. Die durchschnittliche Zeit, die diese Altersgruppe im Internet verbringt, liegt bei annähernd 13 Stunden in der Woche.¹ Weitere Studien legen nahe, dass die Altersgruppe der unter 30-Jährigen nahezu vollständig das Internet nutzt.² Eine reine Online-Befragung scheint daher in der Altersgruppe der 15- bis 21-Jährigen besonders sinnvoll.

Die 4391 aus dem Melderegister ausgewählten Jugendlichen erhielten in einem Anschreiben eine persönliche Befragungsnummer zur Anmeldung auf der Befragungsplattform. Als Anreiz zur Teilnahme wurde den Jugendlichen die Möglichkeit geboten an einer Verlosung von Kino- und Schwimmbadgutscheinen teilzunehmen sowie im Anschluss an die Befragung Informationen und eine Einladung zum Jugendhearing zu erhalten. 1117 Befragte nahmen an der Verlosung teil und circa 500 Jugendliche wurden im Anschluss an die Befragung über das Jugendhearing informiert und hierzu eingeladen.

Im Erhebungszeitraum zwischen Oktober und Dezember 2010 beteiligten sich 1337 Jugendliche an der freiwilligen Befragung. Die Rücklaufquote, das heißt der Anteil der gültig ausgefüllten Fragebögen, liegt bei 32 Prozent. Zwar liegt dieser Wert um zwölf Prozentpunkte unter der Rücklaufquote der Bürgerumfrage 2009, diese ist jedoch als Mixed-Mode-Ansatz konzipiert. Hier konnten die Befragten zwischen schriftlicher und web-basierter Befragungsform wählen.³ Im Rahmen einer reinen Onlineerhebung ist die 32-prozentige Ausschöpfungsquote der Jugendbefragung 2010/2011 als äußerst positiv zu bewerten.⁴

Tabelle 1: Rücklaufstatistik der Jugendbefragung 2010/2011

	Anzahl	%
Bruttostichprobe¹	4 391	
<i>Stichprobenneutrale Ausfälle</i> insgesamt	191	
davon:		
unbekannt verzogen/Empfänger nicht zu ermitteln (1. Versand)	160	
unbekannt verzogen/Empfänger nicht zu ermitteln (2. Versand)	31	
Nettostichprobe²	4 200	93,3
<i>Systematische Ausfälle</i> insgesamt	2 863	
davon:		
keine Reaktion	2 823	
verweigert mit Angabe von Gründen	13	
unvollständige/unplausible Fragebögen	27	
Realisierte Stichprobe³	1 337	
Bereinigte Ausschöpfungsquote⁴		31,8

¹ Anzahl der versandten Fragebögen.
² Auch: bereinigte Bruttostichprobe.
³ Anzahl der auswertbaren Fragebögen.
⁴ Ausschöpfungsquote = (Realisierte Stichprobe/Bruttostichprobe) * 100.

Quelle: Jugendbefragung 2010/11

Landeshauptstadt Stuttgart, Statistisches Amt KomunIS

Eingeschränkter Repräsentationsschluss

Trotz der hohen Medien- und Internetaktivität der Zielgruppe, kann eine reine Web-Option, wie sie mit der Jugendbefragung 2010/2011 angeboten wurde, zu Selektionseffekten bei der Rekrutierung der Befragten führen. Allgemein bestehen über die Untersuchungsvariable Alter hinaus soziodemografische Differenzen zwischen Personen mit Web-Zugang und solchen ohne. Diesbezüglich wird von einem so genannten „digital divide“, einer digitalen Lücke oder Kluft gesprochen, die neben dem Alter hinsichtlich des Einkommens, des Geschlechts und der Bildung bestehen kann.⁵ Mit höherem Einkommen und höherer Bildung steigt die Häufigkeit der Internetnutzung. Allgemein nutzen Männer das Internet eher als Frauen und Jüngere eher als Ältere. Hinsichtlich der Stichprobenvariablen der Stuttgarter Jugendbefragung (Alter, Geschlecht, Stadtbezirk) bestehen keine signifikanten Abweichungen zwischen der Auswahlgesamtheit und der realisierten Stichprobe (vgl. Tabelle 2). Das heißt, die Anteile für die Altersgruppen, die beiden Geschlechter und die 23 Stuttgarter Stadtbezirke liegen im Nicht-Ablehnungsbereich⁶ hinsichtlich der zu schätzenden Anteilswerte in der Grundgesamtheit.

Das Problem des Repräsentationsschlusses auf die Gesamtbevölkerung der 15- bis 21-Jährigen mit einer reinen Online-Befragung ist damit jedoch nicht vollständig gelöst. Denn es kann nicht gewährleistet werden, dass die Antwortenden die Stuttgarter Bevölkerung im Alter zwischen 15 und 21 Jahren auch hinsichtlich anderer Untersuchungsvariablen, wie Bildung, repräsentieren. Zwar bilden Jugendliche im Alter zwischen 15 und 21 Jahren mit Hauptwohnung in Stuttgart die Grundge-

samtheit der Befragung, die Auswahlgesamtheit stellen jedoch nur diejenigen Jugendlichen dar, die das Internet nutzen. Der Schätzfehler, der aus der Differenz zwischen allen Jugendlichen und denen, die das Internet nutzen – und erst damit die technische Voraussetzung zur Teilnahme erfüllen – entsteht, wird in der Literatur als „Coverage Error“ bezeichnet.⁷ Dieser beschreibt die Diskrepanz zwischen Grund- und Auswahlgesamtheit. Der Coverage Error oder Fehler der Abdeckung der Grundgesamtheit liefert eine mögliche Erklärung für eine Verzerrung der Ergebnisse. Neben diesem ist als mögliche Ursache verzerrter Schätzungen von reinen Online-Befragungen der „Nonresponse Error“ zu nennen. Dieser beschreibt die Differenz zwischen Teilnehmenden und der Gesamtheit von Personen, die grundsätzlich zur Teilnahme bereit sind und drückt sich beispielsweise darin aus, dass die Teilnahmequote an Online-Befragungen auch dann gering oder verzerrt ist, wenn keine große Differenz zwischen Grundgesamtheit und tatsächlich ausgewählter Gesamtheit besteht: Auch wenn Personen über einen Internetzugang verfügen und aktive Internetnutzer sind, legen Untersuchungen eine Verzerrung der Teilnehmerschaft zu Gunsten höher gebildeter und jüngerer Personen nahe.⁸ Soziodemografische Differenzen und Verzerrungen werden folglich durch beide Arten von Fehlern verursacht. Gleichzeitig wird der Coverage Error als die „wesentliche Hürde“ beschrieben. Ist diese erste Hürde genommen, das heißt die Internetnutzung gegeben, fällt auch der Nonresponse Error geringer aus⁹, so dass vieles für die Durchführung einer reinen Online-Befragung unter Jugendlichen spricht, die einen Repräsentationschluss ermöglicht, insofern als die Grundgesamtheit über die private Nutzung des Internets definiert wird.

Repräsentations- und Partizipationsmodell

Neben der auf einer Stichprobenziehung aus dem Melderegister basierenden Teilnahme, wurde eine weitere Möglichkeit der Partizipation an der Online-Jugendbefragung eingerichtet: In Kooperation mit der Stuttgarter Jugendhausgesellschaft, dem Stadtjugendring Stuttgart e.V. und anderen Projektpartnern bestand die Möglichkeit zur offenen Teilnahme. In Jugendhäusern und -einrichtungen konnten Interessierte über einen dort erhältlichen Zugangscode an der Befragung teilnehmen. Diese innovative Methodik verbindet den Ansatz des Repräsentationsmodells auf Stichprobenbasis mit einer offenen Partizipationsoption. Während das Repräsentationsmodell Aussagen über die Grundgesamtheit anstrebt, zielt das Partizipationsmodell auf das Erreichen einer möglichst breiten Maße ab.¹⁰ An der offenen Befragung beteiligten sich 201 Personen im Alter zwischen 11 und 33 Jahren. Das macht deutlich, dass sich neben den methodischen Unterschieden auch Differenzen in der Teilnehmerzusammensetzung der beiden Stichproben des Repräsentations- und des Partizipationsmodells ergeben. Die Auswertung erfolgt daher getrennt voneinander. Die im Folgenden dargestellten Ergebnisse beziehen sich auf das Repräsentationsmodell.

Konzeption der Web-Option zur Steigerung der Datenqualität

Wie erläutert, sind mit einer reinen Online-Erhebung Schwierigkeiten verbunden. Es besteht jedoch eine Vielzahl von Möglichkeiten zur technisch-methodischen Optimierung: Jeder Jugendliche, der über das Melderegister ausgewählt wurde, bekam mit der postalischen Einladung zur Teilnahme eine persönliche Online-Befragungsnummer übermittelt. Die so genannte Dublettensperre im Rahmen des Online-Tools verhindert, dass eine Person den Fragebogen mit einer individuellen Befragungsnummer mehrfach ausfüllen kann. Eine Übererfassung von Personen wird so verhindert.

Die Nichtbeantwortung von Fragen (Item-Nonresponse) sowie Missachtungen der Ausfüllhinweise (z.B. „bitte nur eine Angabe“) können in Online-Umfragen durch Steuerung minimiert werden: So kann beispielsweise das Setzen eines Kreuzes erzwungen werden, um zur nächsten Frage zu gelangen (Antwortpflicht). Dieses Vorgehen wurde, um die Quote der Abbrecher zu minimieren, nicht angewandt. Bei Fragen, die nur eine Antwort zulassen (Single-Choice), wurde jedoch das Setzen eines zweiten Kreuzes durch das Aufheben des ersten gesteuert. Zudem wurde bei so genannten Filterfragen („bitte weiter mit Frage ...“) eine Sprungregel eingebaut, so dass der Befragte direkt auf der Seite mit der vorgesehenen nächsten Frage „landet“.

Interpretationshinweis

Zur Beurteilung der Ergebnisqualität wird die Genauigkeit der Stichprobe in den Blick genommen: Die berechneten Anteils- oder Mittelwerte bilden Schätzungen für den nicht bekannten Wert der Grundgesamtheit der Stuttgarter Jugendlichen im Alter zwischen 15 und 21 Jahren. Ein Beispiel: 49 Prozent der 1337 Befragten beurteilen die Parkmöglichkeiten in Stuttgart als eines der „größten Probleme“, das heißt der tatsächliche Anteilswert bezüglich der Beurteilung der Parkmöglichkeiten liegt in der Stuttgarter Bevölkerung der 15- bis 21-Jährigen mit einer 95-prozentigen Wahrscheinlichkeit im so genannten Nicht-Ablehnungsbereich zwischen 47 und 51 Prozent. Der Nicht-Ablehnungsbereich wird umso größer, je kleiner die Gruppe der Befragten ist, da mit einer kleineren Gruppe größere Unsicherheit bezüglich einer Aussage über die Grundgesamtheit besteht.

Tabelle 2: Jugendbefragung 2010/2011 im Vergleich zur Einwohnerstatistik

Merkmal	Jugendbefragung 2010/2011		Einwohnerstatistik ¹	
	Anzahl	%	Anzahl	%
Alter der Befragten				
15 Jahre	140	11	4 675	12
16 Jahre	177	13	4 696	12
17 Jahre	202	15	4 872	12
18 Jahre	161	12	5 033	13
19 Jahre	167	13	5 690	15
20 Jahre	192	14	6 878	18
21 Jahre	295	22	7 470	19
Insgesamt	1 334	100	39 314	100
Geschlecht				
Männlich	663	50	19 855	50
Weiblich	672	50	19 459	50
Insgesamt	1 335	100	39 314	100
Stadtbezirk				
Mitte	49	4	1 441	4
Nord	69	5	1 692	4
Ost	89	7	3 069	8
Süd	86	6	2 468	6
West	88	7	2 617	7
Bad Cannstatt	164	12	4 796	12
Birkach	15	1	513	1
Botnang	21	2	777	2
Degerloch	45	3	989	3
Feuerbach	54	4	1 765	4
Hedelfingen	20	2	667	2
Möhringen	63	5	2 047	5
Mühlhausen	48	4	1 893	5
Münster	10	1	470	1
Obertürkheim	18	1	560	1
Plieningen	39	3	1 037	3
Sillenbuch	59	4	1 515	4
Stammheim	41	3	957	2
Untertürkheim	40	3	1 198	3
Vaihingen	129	10	3 367	9
Wangen	10	1	541	1
Weilimdorf	74	6	2 291	6
Zuffenhausen	72	5	2 644	7
Insgesamt	1 303	100	39 314	100

¹ Stand der Einwohnerstatistik: 31.12.2010.

Quelle: Jugendbefragung 2010/11

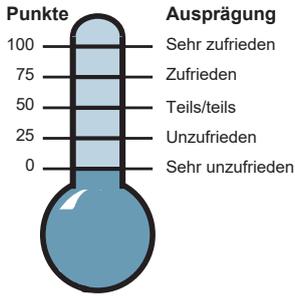
Die Stichprobenziehung erfolgt auf Basis der Gesamtstadt Stuttgart. Die einzelnen Stadtbezirke finden gemäß ihrem Anteil an der gesamtstädtischen Bevölkerung Eingang. Wie oben angedeutet bestehen keine signifikanten Abweichungen zwischen gesamtstädtischer Grundgesamtheit und den Angaben der Befragten bezüglich des Alters, des Geschlechts und des Stadtbezirks. Die Jugendbefragung liefert damit ein gutes Abbild der Alters- und Geschlechtsstruktur und der Gliederung nach Stadtbezirken. Da der Stichprobenansatz zu einer unterschiedlichen Anzahl von Befragten in den Stadtbezirken führt, sind Auswertungen auf Bezirksebene und Vergleiche zwischen den Bezirken nur begrenzt möglich.

Tabelle 3: Soziodemografische Struktur der Befragten der Jugendbefragung 2010/2011

Merkmal	Anzahl	%
Alter der Befragten		
15 Jahre	140	11
16 Jahre	177	13
17 Jahre	202	15
18 Jahre	161	12
19 Jahre	167	13
20 Jahre	192	14
21 Jahre	295	22
Insgesamt	1 334	100
Geschlecht		
Männlich	663	50
Weiblich	672	50
Insgesamt	1 335	100
Wohndauer in Stuttgart		
Seit Geburt	867	65
10 Jahre und mehr	142	11
Weniger als 10 bis 5 Jahre	54	4
Weniger als 5 bis 2 Jahre	68	5
Weniger als 2 Jahre	202	15
Insgesamt	1 333	100
Beruflicher Status		
Berufstätig (<i>ohne Lehre</i>)	39	3
In beruflicher Ausbildung	172	14
Berufsfördernde Maßnahme, Praktikum (<i>z.B. Berufsvorbereitungsjahr BVJ</i>)	22	2
Wehr-/Zivildienst	19	2
Freiwilliges Soziales/Kulturelles Jahr	36	3
Schüler/-in	634	51
Student/-in	309	25
Arbeitslos/Arbeit suchend gemeldet	11	1
Sonstiges (<i>z.B. Elternzeit, Hausfrau/Hausmann, dauerhaft erwerbsunfähig</i>)	10	1
Insgesamt	1 252	100
Höchster Bildungsabschluss		
Ich gehe noch zur Schule	550	44
Hauptschulabschluss	57	5
Mittlere Reife/Realschulabschluss	192	15
Fachhochschulreife/Fachoberschule	86	7
Abitur, fachgebundene Hochschulreife	364	29
Anderer Schulabschluss	6	1
Insgesamt	1 255	100
Aktueller Schulbesuch		
Ich habe die Schule bereits beendet	705	56
Hauptschule/Werkrealschule	14	1
Realschule	73	6
Gymnasium	416	33
Gesamtschule	7	1
Förderschule	2	0
Sonstige Schulform	35	3
Insgesamt	1 252	100

Quelle: Jugendbefragung 2010/11

Das Kommunalbarometer



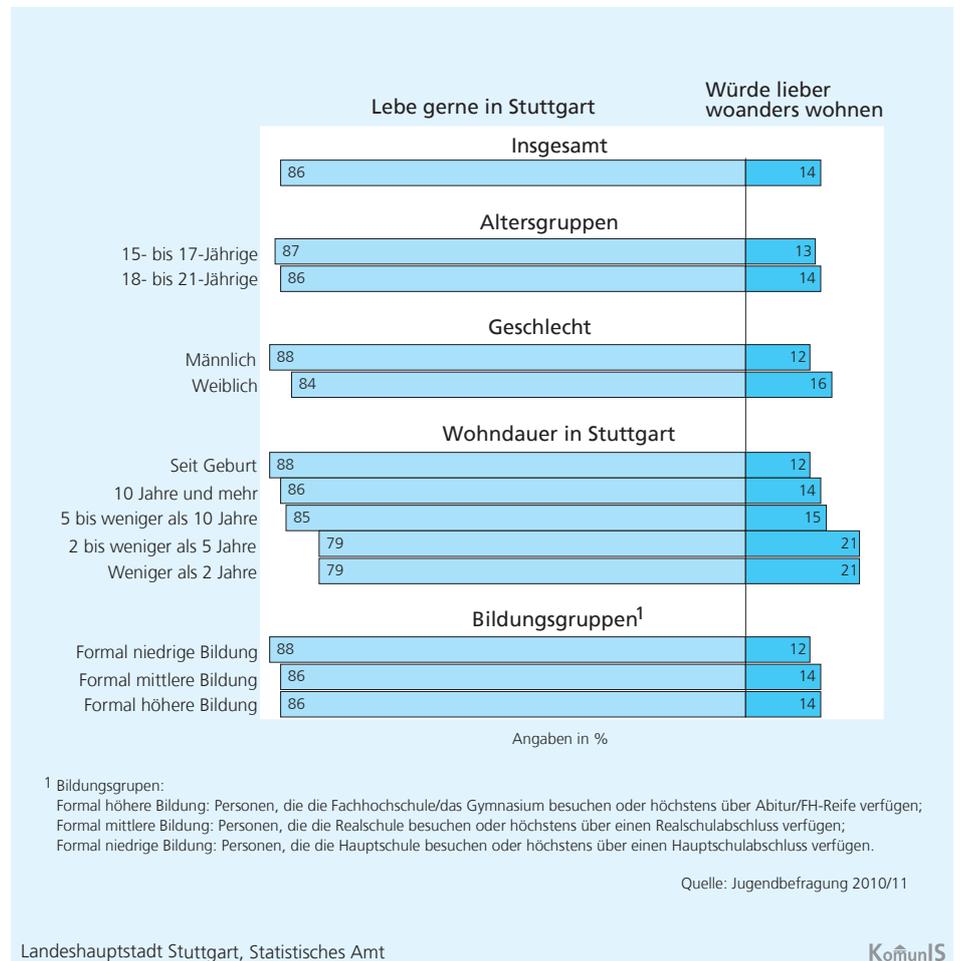
In einer Vielzahl der folgenden Tabellen wird das Stuttgarter Kommunalbarometer ausgewiesen. Das Kommunalbarometer errechnet sich wie folgt: Den fünf Bewertungskategorien – beispielsweise sehr zufrieden, zufrieden, teils/teils, eher unzufrieden, unzufrieden – werden die Werte 100, 75, 50, 25 und 0 in absteigender Reihenfolge zugeordnet. Vergleichbar mit dem Messwert des Luftdrucks auf einem Barometer gibt der so errechnete Wert einen Mittelwert in Punkten bezüglich der Einstellung, Einschätzung oder Meinung der Befragten an. Die Berechnung basiert auf dem Anteil der befragten Jugendlichen, die eine Angabe gemacht haben. Befragte, die „weiß nicht“ als Antwortoption ausgewählt haben, oder keine Angabe gemacht haben, werden nicht berücksichtigt. Dies gilt lediglich für die Errechnung des Kommunalbarometers. In den nachfolgenden Tabellen gehen die Befragten, die keine Einschätzung geben konnten (weiß nicht), in die Prozentuierung ein. Befragte, die keine Angabe gemacht haben, werden rechnerisch nicht berücksichtigt.

Bindung an Stuttgart

Mit der Wohndauer steigt die Bindung an Stuttgart

Wie die im zweijährigen Turnus stattfindende Bürgerumfrage des Statistischen Amtes der Stadt Stuttgart zeigt, leben die Stuttgarterinnen und Stuttgarter gerne in ihrer Stadt. 2009 waren es 86 Prozent der Befragten, die angaben, „gerne hier zu leben“. Nur 14 Prozent möchten „lieber woanders wohnen“. Dieser Sympathiebekundung pflichten die Stuttgarter Jugendlichen in gleichem Maße bei: Hier gibt mit ebenfalls 86 Prozent die deutliche Mehrheit an, gerne in Stuttgart zu leben. In verstärktem Maße gilt dies für die gebürtigen Stuttgarterinnen und Stuttgarter. Während diese Jugendlichen zu 88 Prozent angeben, gerne hier zu leben, trifft das auf 79 Prozent der „Neu-Stuttgarter“¹¹ zu. Mit der Wohndauer in der Landeshauptstadt

Abbildung 1: Bindung an Stuttgart in der Jugendbefragung 2010/2011 nach Altersgruppen, Geschlecht, Wohndauer und Bildungsniveau



steigt der Anteil derer, die gerne in Stuttgart leben. Zwischen den Alters- und Bildungsgruppen bestehen kaum Differenzen bezüglich der Frage „Lebst Du eigentlich gerne in Stuttgart?“. Deutlicher ist der Geschlechterunterschied: Männliche Jugendliche leben mit 88 Prozent lieber in ihrer Stadt, als weibliche mit 84 Prozent. Eine mögliche Erklärung für diesen Effekt ist, dass 67 Prozent der männlichen hingegen nur 62 Prozent der weiblichen Befragten seit Geburt in Stuttgart leben. Gleichzeitig korrespondiert dieses Ergebnis mit den Antworten auf die Frage nach der persönlichen Zukunft: Weibliche Befragte legen eine sehr viel stärkere Mobilitätsorientierung an den Tag. 38 Prozent der weiblichen Befragten planen einen längeren Auslandsaufenthalt, während sich nur 22 Prozent der männlichen Jugendlichen langfristig im Ausland aufhalten möchten (vgl. Tabelle 10, Abbildung 6).

Wohnort Stuttgart

Positive Beurteilung von Bildungs-, Arbeits- und Freizeitmöglichkeiten am Wohnort Stuttgart

Die Beurteilung Stuttgarts als Wohnort untermauert den gewonnenen Eindruck: Die Jugendlichen fühlen sich wohl in der Schwaben-Metropole. 45 Prozent stimmen der Aussage „Stuttgart ist ein Wohnort, an dem ich mich wohl fühle“ voll und ganz und 38 Prozent eher zu. Damit liegt diese Aussage bei 81 Punkten auf dem Kommunalbarometer. Dass Stuttgart ein Wohnort ist, „der mir gute Bildungschancen bietet“, findet bei 38 Prozent voll und ganz Zustimmung, 39 Prozent stimmen eher zu und nur vier Prozent eher nicht beziehungsweise ein Prozent überhaupt nicht. Der Aussage, dass man in Stuttgart „viel in der Freizeit unternehmen kann“, stimmen 36 Prozent voll und ganz, 37 Prozent eher zu. Damit ergibt sich ein äußerst positives Bild bezüglich der Beurteilung von Bildungs-, Arbeits- und Freizeitmöglichkeiten.

Zudem wird die Stadt unter dem Gesichtspunkt der Sicherheit sehr positiv beurteilt. 30 Prozent stimmen der Aussage „Stuttgart ist ein Wohnort, an dem ich mich sicher fühle“ voll und ganz zu, 43 Prozent stimmen hier eher zu. 21 Prozent sind diesbezüglich indifferent (teils/teils). Diese Bewertung der Jugendlichen entspricht einem Kommunalbarometerwert von 74 Punkten.

22 Prozent finden, dass Stuttgart ein Wohnort ist, „in dem man sich gut engagieren kann“, gleichzeitig sind 24 Prozent diesbezüglich unentschlossen und 13 Prozent

118

Tabelle 4: Beurteilung von Stuttgart als Wohnort in der Jugendbefragung 2010/2011

Stuttgart ist ein Wohnort, ... ¹	Stimme voll und ganz zu	Stimme eher zu	Teils/teils	Stimme eher nicht zu	Stimme überhaupt nicht zu	Weiß nicht	Kommunalbarometer ²
	%						Punkte
... an dem ich mich sicher fühle	30	43	21	4	1	1	74
... an dem ich mich wohl fühle	45	38	14	3	1	0	81
... der mir gute Bildungschancen bietet	38	39	16	4	1	1	76
... der mir gute berufliche Chancen bietet	31	36	21	5	1	6	74
... an dem man viel in der Freizeit unternehmen kann	36	37	19	6	1	1	75
... an dem man sich gut engagieren kann	22	34	24	7	1	13	70
... an dem ich gerne bleiben möchte	29	31	25	9	3	3	68

¹ Ohne Befragte die 'keine Angabe' gemacht haben.

² Ohne Befragte, die 'weiß nicht' bzw. 'keine Angabe' angegeben haben.

Quelle: Jugendbefragung 2010/11

können diese Aussage nicht beurteilen. Der Aussage, dass die Jugendlichen „in Zukunft in Stuttgart bleiben möchten“ stimmen 29 Prozent voll und ganz und 31 Prozent eher zu. Somit plant gut die Hälfte der Jugendlichen die eigene Zukunft in der Landeshauptstadt zu verbringen.

Wohnort – Stuttgarter Stadtbezirk

Hohe Bewertung für Sicherheits- und Wohlfühlaspekte im Bezirk und der Gesamtstadt

Stuttgart ist nicht gleich Stuttgart und die Stadtbezirke der Landeshauptstadt sind durchaus verschieden, daher wurden die Jugendlichen auch zum Leben und Wohnen im Bezirk befragt. Die höchste Zustimmung fand die Aussage „Mein Stadtbezirk ist ein Wohnort, an dem ich mich wohl fühle“. Die Zustimmung für den Stadtbezirk steht mit 78 Punkten auf dem Kommunalbarometer kaum hinter der Zustimmung für die Gesamtstadt (81 Punkte) zurück. Konkret fühlen sich in ihren Stadtbezirken 42 Prozent der Jugendlichen voll und ganz wohl, 36 Prozent stimmen dieser Aussage eher zu, 15 Prozent sind unentschlossen, fünf Prozent stimmen eher nicht zu und ein Prozent stimmt überhaupt nicht zu.

Die zweithöchste Zustimmungquote erhält die Aussage „Mein Stadtbezirk ist ein Wohnort, an dem ich mich sicher fühle“. 42 Prozent stimmen voll und ganz zu und 36 Prozent eher. Lediglich sechs Prozent stimmen nicht oder überhaupt nicht zu. Auf dem Kommunalbarometer besteht mit 74 Punkten „Gleichstand“ zwischen Bezirk und Stuttgart insgesamt. Sicherheits- und Wohlfühlaspekte werden demnach im Durchschnitt in den Bezirken und für das gesamte Stadtgebiet sehr ähnlich bewertet.

Bezüglich der weiteren Aussagen fallen die Zustimmungquoten für den Stadtbezirk im Vergleich zur Stadt deutlich geringer aus. Dieses Ergebnis ist einerseits wenig verwunderlich, da nicht jeder einzelne der 23 Stuttgarter Stadtbezirke das infrastrukturelle Angebot einer Großstadt bieten kann, dies gilt in besonderem Maße für das Arbeits- und Freizeitangebot. Andererseits schlägt sich hierin der Wunsch der Jugendlichen an infrastrukturellen Erweiterungen im Wohnbezirk nieder.

Tabelle 5: Beurteilung des Stadtbezirks als Wohnort in der Jugendbefragung 2010/2011

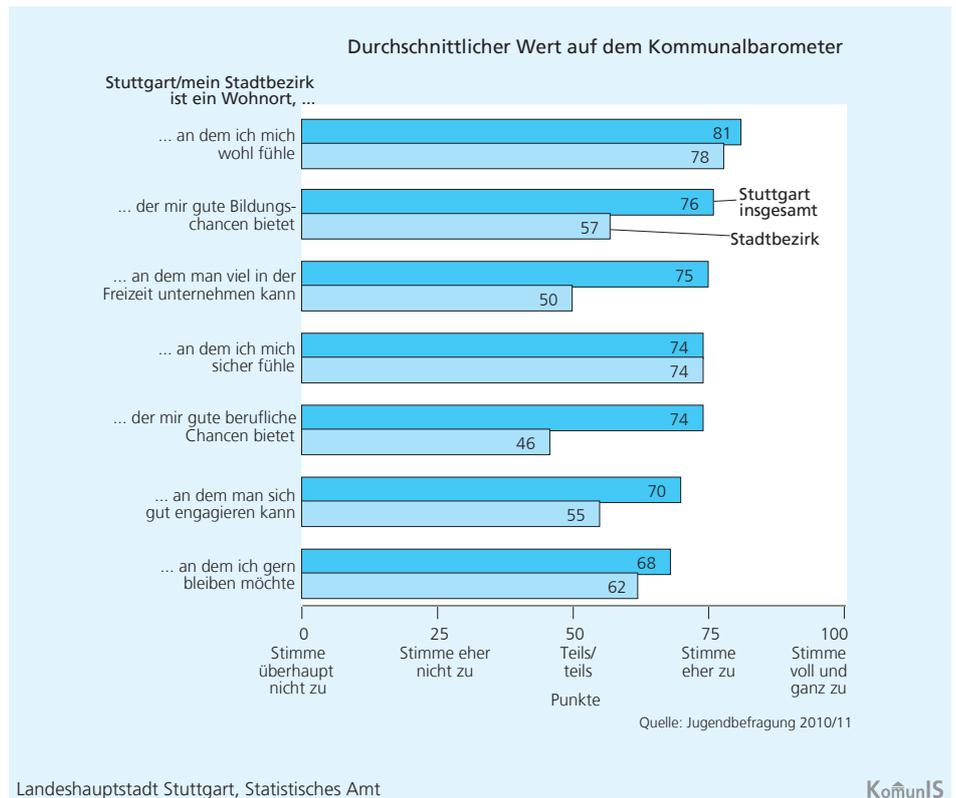
Mein Stadtbezirk ist ein Wohnort, ... ¹	Stimme voll und ganz zu	Stimme eher zu	Teils/teils	Stimme eher nicht zu	Stimme überhaupt nicht zu	Weiß nicht	Kommunalbarometer ²
	%						Punkte
... an dem ich mich sicher fühle	33	38	20	7	2	1	74
... an dem ich mich wohl fühle	42	36	15	5	1	0	78
... der mir gute Bildungschancen bietet	15	27	26	18	7	8	57
... der mir gute berufliche Chancen bietet	6	15	29	24	11	16	46
... an dem man viel in der Freizeit unternehmen kann	10	23	28	27	10	2	50
... an dem man sich gut engagieren kann	8	24	27	17	4	21	55
... an dem ich gerne bleiben möchte	26	24	24	14	8	3	62

¹ Ohne Befragte die 'keine Angabe' gemacht haben.

² Ohne Befragte, die 'weiß nicht' bzw. 'keine Angabe' angegeben haben.

Quelle: Jugendbefragung 2010/11

Abbildung 2: Beurteilung Wohnort Stuttgart und Wohnort Stadtbezirk im Vergleich in der Jugendbefragung 2010/2011



Zufriedenheit mit verschiedenen Lebensbereichen in Stuttgart

Nach einem ersten Blick auf die Wohnortqualität von Stadt und Stadtbezirk, geht die Befragung ins Detail: Wie zufrieden sind die Stuttgarter Jugendlichen mit verschiedenen infrastrukturellen Angeboten in ihrer Stadt? Die höchste Zufriedenheit erfahren die in der Landeshauptstadt gebotenen „Einkaufsmöglichkeiten“. 43 Prozent der Befragten sind sehr zufrieden, 46 Prozent sind zufrieden, gefolgt von den „öffentlichen Verkehrsmitteln“, die von 32 Prozent als sehr zufrieden stellend bewertet werden. In der Mehrheit zufrieden sind die Jugendlichen auch mit den „kulturellen Einrichtungen und Veranstaltungen allgemein“, den „Schwimmbädern“ dem „Angebot der Vereine für Jugendliche“, den „Arbeitsmöglichkeiten“ und den „Sportanlagen“. Hier liegen die positiv formulierten Antwortoptionen (sehr zufrieden, zufrieden) zusammen genommen jeweils über 50 Prozent. Ausgedrückt im Indexwert des Kommunalbarometers, der zwischen 0 und 100 Punkten liegen kann, bewegen sich die Werte für diese infrastrukturellen Einrichtungen zwischen 63 und 83 Punkten.

Bezüglich der „Radwege für Fahrradfahrer“ halten sich positive und negative Bewertungen die Waage. Sehr zufrieden und zufrieden sind hier 30 Prozent, unzufrieden und sehr unzufrieden 24 Prozent der 15- bis 21-Jährigen. Die unzufriedenen Stimmen überwiegen hinsichtlich der Kategorien „Wohnungsangebot“ und „Lernausstattung an Schulen“. 23 Prozent sind unzufrieden im Hinblick auf das Angebot an Wohnungen in Stuttgart und 35 Prozent äußern sich unzufrieden über die „Lernausstattung an Schulen“. Große Bewertungsunsicherheit oder Unwissenheit besteht bezüglich der „Jugendhäuser und –einrichtungen“ sowie der „Ausstattung der Jugendhäuser“, hier wählen 27 beziehungsweise 43 Prozent der Befragten die Antwortoption „weiß nicht“. Ähnliches gilt für das „Angebot an Ausbildungsplätzen“, das von 29 Prozent mangels Wissen nicht bewertet wird. Möglicher Grund hierfür ist die hohe Zahl von Gymnasiastinnen und Gymnasiasten sowie Abiturientinnen und Abiturienten in der Befragung (65 Prozent der Befragten entfallen auf die Kategorie „formal höhere Bildung¹²“), die zum allergrößten Teil (82 %) ein Studium anstreben (vgl. Abbildung 6) und sich weniger mit den dualen oder vollschulischen Ausbildungsoptionen in Stuttgart befassen.

Tabelle 6: Zufriedenheit mit Lebensbereichen in Stuttgart in der Jugendbefragung 2010/2011

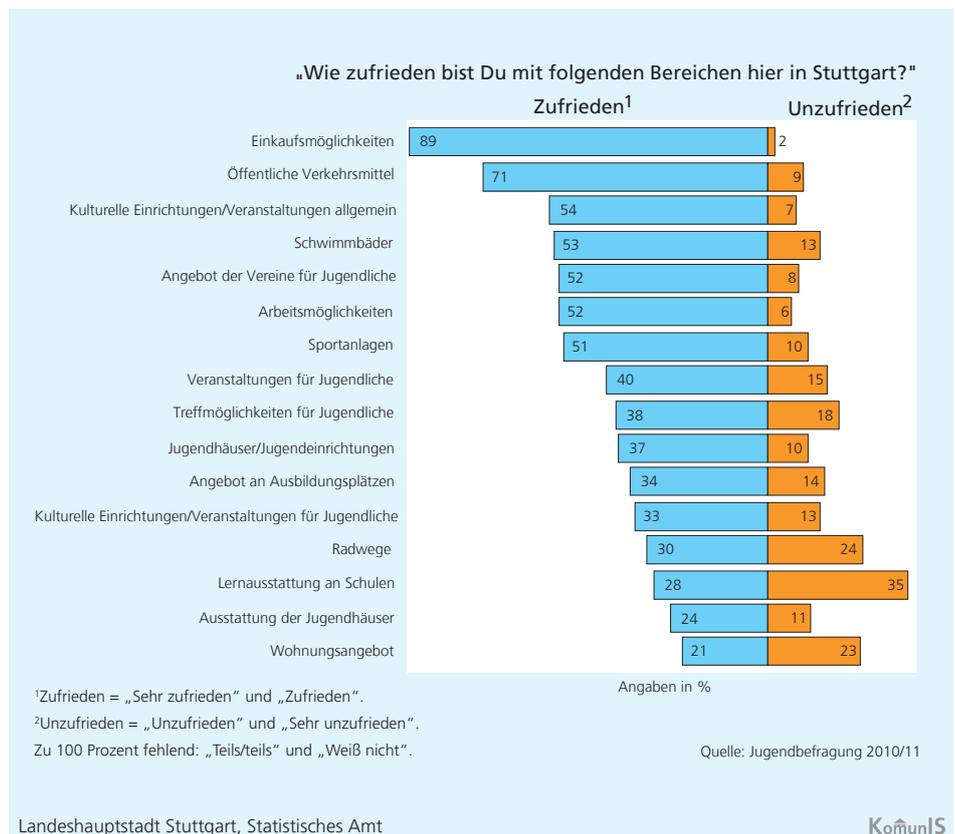
Lebensbereich ¹	Sehr zufrieden	Zu- frieden	Teils/ Teils	Un- zufrieden	Sehr un- zufrieden	Weiß nicht	Kommunal- barometer ²
	%						Punkte
Arbeitsmöglichkeiten	12	41	23	5	1	18	67
Einkaufsmöglichkeiten	43	46	9	2	0	0	83
Öffentliche Verkehrsmittel	32	39	19	7	2	1	74
Sportanlagen	10	41	28	9	1	11	65
Schwimmbäder	14	38	29	11	2	7	63
Radwege für Fahrradfahrer	7	23	26	16	8	20	51
Wohnungsangebot	2	19	34	18	5	21	49
Kulturelle Einrichtungen/Veranstaltungen allgemein	10	44	28	6	1	10	66
Jugendhäuser/Jugendeinrichtungen	6	31	26	9	1	27	61
Lernausstattung an Schulen (z.B. Arbeitsmaterialien, PC)	6	22	25	23	12	12	46
Kulturelle Einrichtungen für Jugendliche	4	29	33	11	2	22	54
Veranstaltungen für Jugendliche	6	34	31	14	1	15	59
Angebot der Vereine für Jugendliche	11	41	21	7	1	20	67
Treffmöglichkeiten für Jugendliche	6	32	31	15	3	14	57
Angebot an Ausbildungsplätzen/Lehrstellen	7	27	24	10	4	29	59
Ausstattung Jugendhäuser (z.B. PC, Technik, Sport- und Spielflächen)	5	19	23	9	2	43	57

¹ Ohne Befragte die 'keine Angabe' gemacht haben.

² Ohne Befragte, die 'weiß nicht' bzw. 'keine Angabe' angegeben haben.

Quelle: Jugendbefragung 2010/11

Abbildung 3: Zufriedenheit mit Lebensbereichen in Stuttgart in der Jugendbefragung 2010/2011



Zufriedenheit mit verschiedenen Lebensbereichen im Stadtbezirk

Niedrigere Bewertungen für den Bezirk

Um nicht nur Stuttgart insgesamt, sondern auch die Bezirke in den Blick nehmen zu können, wurden die Jugendlichen nach ihrer Meinung bezüglich verschiedener Lebensbereiche im Stadtbezirk befragt. Am zufriedensten zeigen sich die Jugendlichen mit den „öffentlichen Verkehrsmitteln“: Ein Drittel der Befragten ist sehr zufrieden, weitere 40 Prozent sind zufrieden. Dagegen sind sieben Prozent unzufrieden und drei Prozent sehr unzufrieden. Ebenfalls große Zufriedenheit herrscht bei den „Einkaufsmöglichkeiten“ in den Stadtbezirken: 26 Prozent der Jugendlichen sind sehr zufrieden und 39 Prozent zufrieden. Unzufrieden sind elf Prozent und sehr unzufrieden vier Prozent. Während die Zufriedenheit mit den „öffentlichen Verkehrsmitteln“ im Bezirk genauso hoch ist wie in der Gesamtstadt – der Wert auf dem Kommunalbarometer beträgt jeweils 74 Punkte – werden die „Einkaufsmöglichkeiten“ in der Gesamtstadt deutlich besser beurteilt als im Bezirk. Für Stuttgart insgesamt ergibt sich ein Wert von 83 Punkten auf dem Kommunalbarometer, für den Bezirk sind es 68.

Bei der Beurteilung der Bezirke gibt es deutlich mehr Lebensbereiche, die kritisch von den Jugendlichen wahrgenommen werden. Die Unzufriedenheit überwiegt etwa bei den „Schwimmbädern“, den „kulturellen Einrichtungen und Veranstaltungen“ und den „kulturellen Einrichtungen und Veranstaltungen für Jugendliche“. Gleiches gilt für das „Angebot an Ausbildungsplätzen“ und die „Lernausrüstung an Schulen“.

Tabelle 7: Zufriedenheit mit Lebensbereichen im Stadtbezirk in der Jugendbefragung 2010/2011

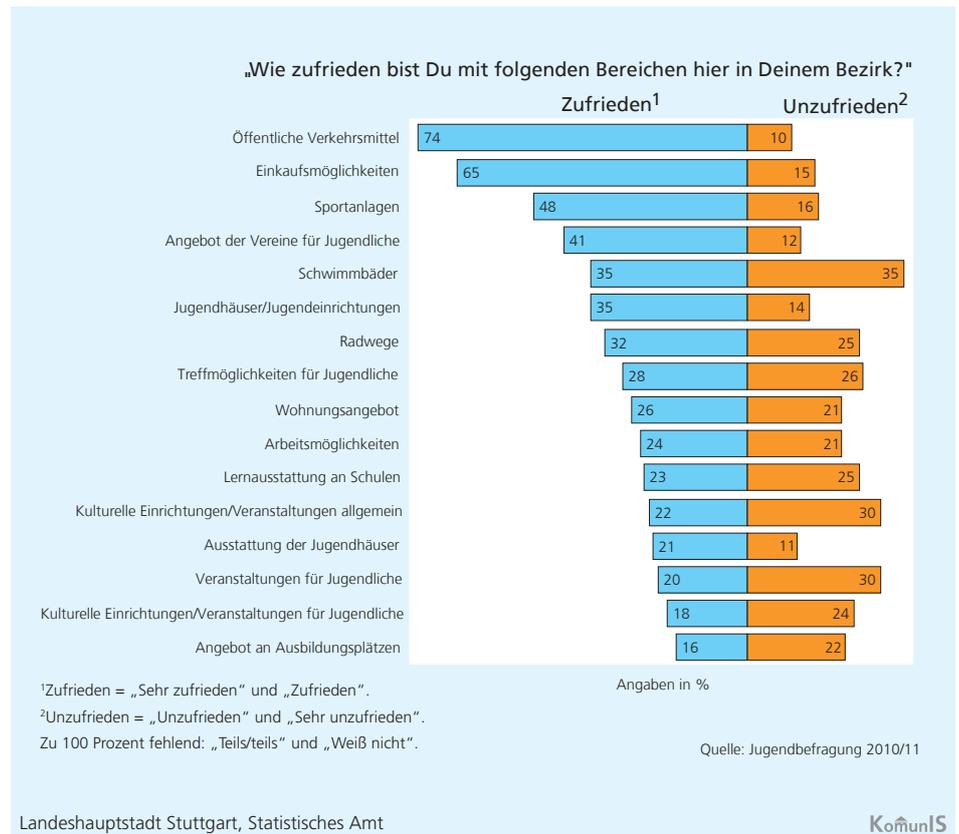
Lebensbereich (Stadtbezirk) ¹	Sehr zufrieden	Zu- frieden	Teils/ Teils	Un- zufrieden	Sehr unzufrieden	Weiß nicht	Kommunal- barometer ²
	%						Punkte
Arbeitsmöglichkeiten	4	20	30	17	4	25	52
Einkaufsmöglichkeiten	26	39	20	11	4	1	68
Öffentliche Verkehrsmittel	34	40	16	7	3	1	74
Sportanlagen	12	36	26	13	3	11	61
Schwimmbäder	10	25	21	21	14	9	49
Radwege für Fahrradfahrer	7	25	23	16	9	21	52
Wohnungsangebot	4	22	29	16	5	24	50
Kulturelle Einrichtungen/Veranstaltungen allgemein	3	19	30	24	6	19	48
Jugendhäuser/Jugendeinrichtungen	8	27	23	11	3	28	59
Lernausrüstung an Schulen (z.B. Arbeitsmaterialien, PC)	5	18	21	16	9	31	48
Kulturelle Einrichtungen für Jugendliche	3	15	29	19	5	29	48
Veranstaltungen für Jugendliche	3	17	30	23	7	21	46
Angebot der Vereine für Jugendliche	9	32	22	10	2	26	62
Treffmöglichkeiten für Jugendliche	5	23	27	20	6	19	50
Angebot an Ausbildungsplätzen/Lehrstellen	2	14	22	14	8	40	45
Ausstattung Jugendhäuser (z.B. PC, Technik, Sport- und Spielflächen)	5	16	21	8	3	47	56

¹ Ohne Befragte die 'keine Angabe' gemacht haben.

² Ohne Befragte, die 'weiß nicht' bzw. 'keine Angabe' angegeben haben.

Quelle: Jugendbefragung 2010/11

Abbildung 4: Zufriedenheit mit Lebensbereichen im Stadtbezirk in der Jugendbefragung 2010/2011

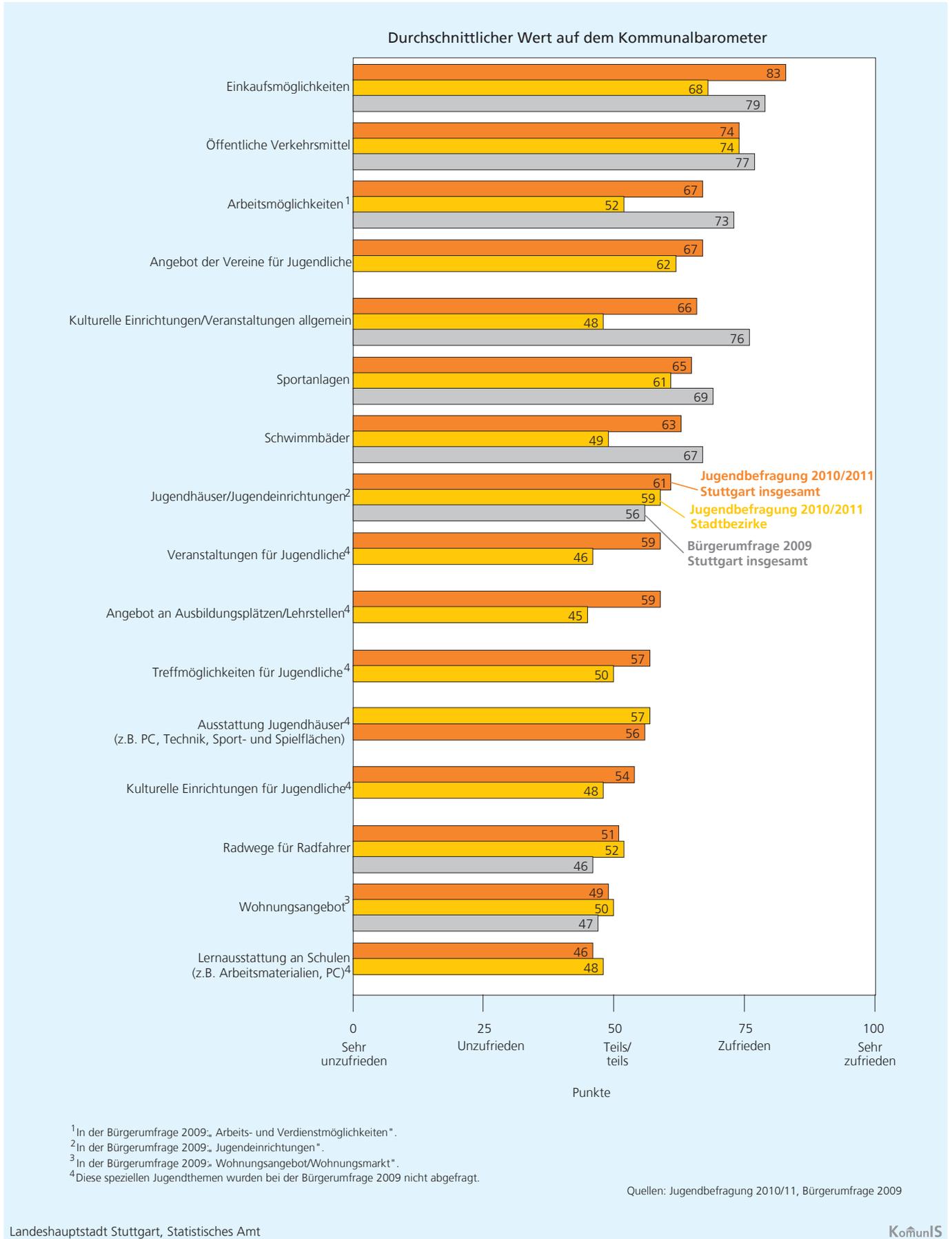


Ähnliche Bewertungen in der Bürgerumfrage 2009 und der Jugendbefragung 2010/2011

Ein Vergleich der durchschnittlichen Werte auf dem Kommunalbarometer hinsichtlich der diskutierten infrastrukturellen Angebote zwischen der Jugendbefragung für die Gesamtstadt und den Stadtbezirken sowie der Bürgerumfrage 2009¹³ macht deutlich, dass die 15- bis 21-jährigen Stuttgarterinnen und Stuttgarter ähnliche Bewertungsmaßstäbe anlegen, wie die Befragten der Bürgerumfrage. Auch in der Bürgerumfrage 2009 wurden Einkaufsmöglichkeiten (79 Punkte) und der öffentliche Nahverkehr (77 Punkte) am positivsten bewertet. Unterschiede bestehen bezüglich der Bewertung der „kulturelle Veranstaltungen und Einrichtungen“. Die Befragten der Bürgerumfrage 2009 sehen diese mit einem Kommunalbarometerwert von 76 Punkten sehr positiv, wohingegen die Jugendlichen diese mit 66 Punkten für die Gesamtstadt und mit nur 48 Punkten für den Bezirk deutlich schlechter bewerten.

Für alle weiteren erhobenen Lebensbereiche zeigen sich keine signifikanten Unterschiede zwischen den Bewertungen der Jugendlichen für die Gesamtstadt und der Bürgerumfrage 2009. Sieben der 16 erhobenen Bereiche beziehen sich auf jugendspezifische Themen, die in der Bürgerumfrage 2009 nicht abgefragt wurden.

Abbildung 5: Zufriedenheit mit verschiedenen Lebensbereichen im Vergleich zwischen der Jugendbefragung 2010/11 für Stuttgart insgesamt und den Stuttgarter Stadtbezirken sowie der Bürgerumfrage 2009 für Stuttgart insgesamt



Jugendliche sehen ähnliche Probleme wie die Befragten der Bürgerumfrage 2009

Problemwahrnehmung in verschiedenen Handlungsfeldern

Aus einer Liste von 30 möglichen kommunalen Problemthemen konnten die Jugendlichen die nach ihrer Meinung derzeit dringlichsten Probleme der Stadt Stuttgart auswählen. 1324 der 1337 Jugendlichen haben mindestens eines der Probleme angegeben, im Durchschnitt wurden 8 der 30 „Problemitems“ angekreuzt.

Von mehr als jedem zweiten Jugendlichen und damit an erster Stelle werden die „zu hohen Mieten“ genannt (57 %) (vgl. Tabelle 3). An zweiter Stelle steht der Mangel an „Parkmöglichkeiten“ mit 49 Prozent. Die Wahrnehmung der Jugendlichen zwischen 15 und 21 Jahren stimmt in dieser Hinsicht stark mit der Wahrnehmung der Stuttgarter Bevölkerung der über 18-Jährigen überein. Da die Frage nach den „größten Problemen in Stuttgart“ in der Bürgerumfrage regelmäßig abgefragt wird, bietet sich ein Vergleich zwischen den beiden Umfragen an: Auch in der Bürgerumfrage 2009 zählen die „zu hohen Mieten“ zu den meistgenannten Problemen in Stuttgart (59 %). Ähnliches gilt für den Mangel an Parkplätzen, der von 54 Prozent der Teilnehmer der Bürgerumfrage 2009 und von 49 Prozent der Jugendlichen in der Online-Jugendbefragung genannt wurde. Während in der Stuttgarter Bürgerumfrage 2009 Umweltindikatoren (schlechte Luftqualität, hohe Lärmbelastigung) und die Verkehrssituation (zu viel Straßenverkehr) negativ wahrgenommen werden und die vorderen „Problemränge“ besetzen, treten diese bei den Jugendlichen zugunsten von spezifischen Jugendthemen in den Hintergrund. So wird am dritthäufigsten mit 47 Prozent die „zunehmende Gewalt unter Jugendlichen“ als zentrales Problem thematisiert. Die „schlechte Lernausstattung an Schulen“ bemängeln 43 Prozent. Da diese spezifischen Jugendthemen in der Bürgerumfrage nicht aufgelistet wurden, ist ein Vergleich diesbezüglich nicht möglich.

Auf den Plätzen fünf bis sieben nennt etwa ein Drittel der befragten Jugendlichen die „mangelnde Integration von Menschen ausländischer Herkunft“, „zu hohe kommunale Abgaben und Steuern“, „zu viel Straßenverkehr“ und „zu wenig Veranstaltungen für Jugendliche“. 26 Prozent der Jugendlichen sehen die „angespannte Finanz- und Haushaltslage der Stadt“, das „mangelhafte Wohnungsangebot“ und „zu wenig Treffpunkte für Jugendliche“ als problematisch an. Auch bezüglich dieser Indikatoren besteht große Ähnlichkeit zur Problemwahrnehmung in der Bürgerumfrage.

Die am seltensten genannten Probleme in der Jugendbefragung sind der „zunehmende Rechts- beziehungsweise Linksextremismus“, das „mangelnde Vereinsangebot für Jugendliche“, „zu wenig Alten- und Pflegeheime, sowie Pflegedienste“ und die „mangelnde Gleichberechtigung von Jungen und Mädchen“.

Die Ergebnisse machen deutlich, dass die Stuttgarter Jugendlichen kommunale Problemfelder in ihrer Breite wahrnehmen. Gleichzeitig thematisieren die Jugendlichen Handlungsbedarf bezüglich jugendspezifischer Indikatoren.

Tabelle 8a: Größte Probleme in Stuttgart in der Jugendbefragung 2010/2011 im Vergleich zur Bürgerumfrage 2009

Größte Probleme ¹	Jugend- befragung 2010/11		Bürgerumfrage 2009	
	%	Rang	%	Rang
Zu hohe Mieten	57	1	59	2
Zu wenig Parkmöglichkeiten	49	2	54	3
Zunehmende Gewalt unter Jugendlichen	47	3	-	-
Schlechte Lernausstattung an Schulen (z.B. Arbeitsmaterialien, PC)	43	4	-	-
Mangelnde Integration von Menschen ausländischer Herkunft ²	32	5	21	11
Zu hohe kommunale Steuern/Abgaben/Gebühren	31	6	35	5
Zu viel Straßenverkehr	30	7	60	1
Zu wenig Veranstaltungen für Jugendliche (z.B. Konzerte, Events)	30	7	4	24
Angespannte Finanz- und Haushaltslage der Stadt	26	9	31	8
Mangelhaftes Wohnungsangebot	26	9	32	7
Zu wenig Treffpunkte für Jugendliche	26	9	10	22
Schlechte Luftqualität	25	12	38	4
Unsicherheit auf Straßen und Plätzen	25	12	27	9
Zu wenig Sport-/Freizeitflächen	24	14	-	-
Zu wenig Ausbildungsplätze, Lehrstellen	22	15	-	-
Obdachlosigkeit	21	16	16	14
Mangelhafte Sauberkeit von Straßen und Grünanlagen	21	16	26	10
Passantenbelästigungen	20	18	14	16
Zunehmende Fremdenfeindlichkeit ³	20	18	14	16
Arbeitslosigkeit	18	20	19	12
Schlechter öffentlicher Nahverkehr/zu wenig Verbindungen	18	20	11	20
Zu hohe Lärmbelästigung	17	22	33	6
Mangelndes Angebot an Jugendeinrichtungen	17	22	15	15
Zu wenig Kindergärten/Kindertageseinrichtungen	15	24	19	12
Zu wenig kulturelle Einrichtungen	13	25	4	24
Zunehmender Rechtsextremismus ⁴	12	26	13	18
Zunehmender Linksextremismus ⁴	11	27	13	18
Mangelndes Vereinsangebot für Jugendliche	9	28	-	-
Zu wenig Alten- und Pflegeheime/Pflegedienste	7	29	11	20
Mangelnde Gleichberechtigung von Jungen und Mädchen ⁵	5	30	10	22

- nicht erhoben.

¹ Ohne Befragte, die keines der Probleme genannt haben.

² In der Bürgerumfrage 2009 „Mangelnde Ausländerintegration“.

³ In der Bürgerumfrage 2009 „Zunehmende Ausländerfeindlichkeit“.

⁴ In der Bürgerumfrage 2009 wurden Links- und Rechtsextremismus als ein Item erfaßt.

⁵ In der Bürgerumfrage 2009 „Mangelnde Gleichberechtigung der Frauen im öffentlichen Leben“.

Quelle: Jugendbefragung 2010/11; Bürgerumfrage 2009

Tabelle 8b: Größte Probleme in Stuttgart in der Jugendbefragung 2010/2011 nach Alter und Geschlecht

Größte Probleme ¹	Altersgruppen				Geschlecht			
	15 - 17 Jahre		18 - 21 Jahre		männlich		weiblich	
	%	Rang	%	Rang	%	Rang	%	Rang
Zu hohe Mieten	44	3	65	1	49	2	64	1
Zu wenig Parkmöglichkeiten	35	5	56	2	45	3	52	2
Zunehmende Gewalt unter Jugendlichen	51	2	43	3	51	1	43	3
Schlechte Lernausstattung an Schulen (z.B. Arbeitsmaterialien, PC)	52	1	37	4	43	4	43	3
Mangelnde Integration von Menschen ausländischer Herkunft	31	7	31	6	32	5	31	7
Zu hohe kommunale Steuern/Abgaben/Gebühren	31	7	30	8	29	6	33	5
Zu viel Straßenverkehr	22	17	34	5	28	8	31	7
Zu wenig Veranstaltungen für Jugendliche (z.B. Konzerte, Events)	40	4	24	11	29	6	32	6
Angespannte Finanz- und Haushaltslage der Stadt	24	15	26	10	25	12	26	12
Mangelhaftes Wohnungsangebot	17	21	31	6	21	15	30	9
Zu wenig Treffpunkte für Jugendliche	34	6	21	13	25	12	27	11
Schlechte Luftqualität	25	13	28	9	26	10	28	10
Unsicherheit auf Straßen und Plätzen	29	10	23	12	26	10	24	14
Zu wenig Sport-/Freizeitflächen	31	7	21	13	28	8	21	17
Zu wenig Ausbildungsplätze, Lehrstellen	27	11	18	18	18	17	25	13
Obdachlosigkeit	23	16	19	16	17	19	24	14
Mangelhafte Sauberkeit von Straßen und Grünanlagen	26	12	17	21	18	17	23	16
Passantenbelästigungen	21	20	20	15	25	12	16	24
Zunehmende Fremdenfeindlichkeit	22	17	18	18	19	16	20	19
Arbeitslosigkeit	25	13	13	23	15	23	20	19
Schlechter öffentlicher Nahverkehr/zu wenig Verbindungen	17	21	19	16	17	19	19	21
Zu hohe Lärmbelästigung	16	23	18	18	15	23	19	21
Mangelndes Angebot an Jugendeinrichtungen	22	17	13	23	17	19	17	23
Zu wenig Kindergärten/Kindertageseinrichtungen	13	25	16	22	9	27	21	17
Zu wenig kulturelle Einrichtungen	16	23	11	26	12	26	14	25
Zunehmender Rechtsextremismus	12	26	11	26	13	25	10	26
Zunehmender Linksextremismus	9	28	12	25	16	22	6	29
Mangelndes Vereinsangebot für Jugendliche	11	27	7	28	7	28	10	26
Zu wenig Alten- und Pflegeheime/Pflegedienste	6	29	7	28	5	29	8	28
Mangelnde Gleichberechtigung von Jungen und Mädchen	6	29	3	30	4	30	5	30

¹ Ohne Befragte, die keines der Probleme genannt haben.

Quelle: Jugendbefragung 2010/11

Problemwahrnehmung in verschiedenen Handlungsfeldern nach Alter und Geschlecht

Deutliche Differenzen zwischen Altersgruppen

Lebenssituationen von Jugendlichen können im Alter zwischen 15 und 21 Jahren stark differieren. Die Jugendphase ist üblicherweise von einer Vielzahl von Umbrüchen und Übergängen geprägt.¹⁴ So verändert sich die Wahrnehmung dessen, was als wichtig oder problematisch im direkten Lebensumfeld erachtet wird mit dem Alter.

Daher wurden die „größten Probleme in Stuttgart“ nach Altersgruppen getrennt betrachtet: Während die ältere Gruppe der 18- bis 21-Jährigen sehr viel häufiger die für Stuttgart typischen Problembereiche, die auch in der Bürgerumfrage 2009 die größte Rolle spielen, nennt („zu hohe Mieten“, „zu wenig Parkmöglichkeiten“, „zu viel Straßenverkehr“), nimmt die jüngere Gruppe der 15- bis 17-Jährigen sehr viel stärker Bezug auf jugendspezifische Themen. Auf dem ersten Rang befindet sich die „schlechte Lernausstattung an Schulen“, gefolgt von „zunehmender Gewalt unter Jugendlichen“, dann erst werden die „zu hohen Mieten“ von 44 Prozent der jüngeren Altersgruppe genannt. Mit 40 Prozent auf den vierten Rang entfällt der Problemindikator „zu wenig Veranstaltungen für Jugendliche“. Nur 24 Prozent der 18- bis 21-jährigen sehen dies als eines der größten Probleme der Landeshauptstadt.

Auch zwischen den Geschlechtern lassen sich Unterschiede bezüglich der Problemwahrnehmung ausmachen, wenngleich diese geringer ausfallen als zwischen den Altersgruppen. Während die männlichen Befragten an erster Stelle die „zunehmende Gewalt unter Jugendlichen“ mit 51 Prozent sehen, beurteilen weibliche Befragte dies als drittwichtigstes Problem mit 43 Prozent. Ein weiterer Unterschied lässt sich bezüglich des Mangels an Sport- und Freizeitflächen konstatieren. 28 Prozent der männlichen Befragten setzten hier ein Kreuz (Rang 8), im Vergleich hierzu teilen diese Meinung 21 Prozent der weiblichen Befragten (Rang 17).

Es zeigt sich daneben bei weiblichen Jugendlichen eine stärkere Problemwahrnehmung hinsichtlich infrastruktureller Angebote der Kinderbetreuung. So geben 21 Prozent der weiblichen Jugendlichen zwischen 15 und 21 Jahren „zu wenig Kindergärten/Kindertageseinrichtungen“ (Rang 17) als eines der größten Probleme an, nur neun Prozent (Rang 27) der männlichen Jugendlichen sind dieser Auffassung.

Schule – Ausbildung – Beruf

Bildung wird als zentral für zukünftige Zielerreichung bewertet

Die Beurteilung jugendspezifischer Themenkomplexe wie etwa Schule, Ausbildung und Beruf in der Landeshauptstadt bildeten neben den Fragen zum Leben in Stuttgart einen wichtigen Bestandteil der Jugendbefragung 2010/2011. An der jeweiligen Schule, Hochschule oder aktuellen Arbeitsstelle fühlen sich die Jugendlichen mehrheitlich wohl. Hier stimmen 35 Prozent „voll und ganz zu“ und 39 Prozent „stimmen eher zu“. In Kommunalbarometerpunkten ausgedrückt sind dies 74 Punkte. Ebenfalls 74 Punkte auf dem Kommunalbarometer erhält die Aussage „Meine Schulausbildung ermöglicht mir, große Ziele zu erreichen“. Deutlich kritischer stehen die Befragten zur lerntechnischen Ausstattung ihrer Schule. Hier ergibt sich ein Wert von 54 Punkten auf dem Kommunalbarometer. Diese Beurteilung korrespondiert mit den in den Tabellen 8a und 8b aufgeführten Problembereichen: Hier wird die lerntechnische Ausstattung vielfach bemängelt. Im Kontext der Beurteilung verschiedener Lebensbereiche in Stadt und Stadtbezirk wird die „Lernausstattung an Schulen“ mit 48 (Stadtbezirk) und 54 (Stuttgart insgesamt) Punkten auf dem Kommunalbarometer vergleichbar bewertet.

Tabelle 9: Schule – Ausbildung – Beruf in der Jugendbefragung 2010/2011

Schule - Ausbildung - Beruf ¹	Stimme voll und ganz zu	Stimme eher zu	Teils/teils	Stimme eher nicht zu	Stimme überhaupt nicht zu	Weiß nicht	Kommunalbarometer ²
	%						Punkte
An meiner Schule/Hochschule/Arbeitsstelle fühle ich mich wohl	35	39	16	5	3	2	74
Meine Schulausbildung ermöglicht es mir große Ziele zu erreichen	39	35	16	4	1	3	74
Die lerntechnische Ausstattung an meiner Schule ist gut	16	28	26	16	10	5	54
Ich fühle mich gut auf die berufliche Zukunft vorbereitet	23	38	28	9	3	2	68

¹ Ohne Befragte, die 'keine Angabe' angegeben haben.
² Ohne Befragte, die 'weiß nicht' bzw. 'keine Angabe' angegeben haben.

Quelle: Jugendbefragung 2010/2011

Landeshauptstadt Stuttgart, Statistisches Amt KommunIS

Beurteilung der individuellen Zukunft

Jugendliche haben konkrete Vorstellungen von der persönlichen Zukunft

Die Vorstellungen der 15- bis 21-Jährigen bezüglich ihrer beruflichen und privaten Zukunft sind sehr konkret: So geben 62 Prozent an, innerhalb der nächsten vier Jahre ein Studium aufnehmen zu wollen. 30 Prozent planen einen längeren Aufenthalt im Ausland und 24 Prozent möchten binnen vier Jahren mit der Ausübung ihres Berufs beginnen. Nur vier Prozent der Jugendlichen beantworten die Frage nach der Vorstellung von den nächsten vier Jahren mit „weiß nicht“ und ein Prozent erwartet, dass ihn oder sie die Arbeitslosigkeit treffen wird.

Im Bezug auf die individuellen Zukunftsoptionen zeigt sich deutlich, dass große Unterschieden zwischen Alters- und Bildungsgruppen sowie kleinere Differenzen zwischen den Geschlechtern existieren.

Zwischen den Altersgruppen gibt es keinen signifikanten Unterschied im Bezug auf die Aussage „Innerhalb der nächsten vier Jahre werde ich voraussichtlich studieren“. In der jüngeren Altersgruppe geben zwölf Prozent an, in den nächsten vier Jahren ihren Beruf ausüben zu wollen, gegenüber 31 Prozent in der Gruppe der älteren Befragten. 27 Prozent der Jüngeren wollen in den kommenden vier Jahren eine Ausbildung beginnen, dies streben nur zwölf Prozent der 18- bis 21-Jährigen an. Zudem sind sich sechs Prozent der jüngeren Altersgruppe bezüglich der nächsten vier Jahre noch ungewiss, während nur drei Prozent der älteren Gruppe dies angeben. Unterschiedliche Zukunftsvorstellungen und -optionen differieren nach dem Alter, da ältere Befragte bestimmte Bildungshürden, wie den Schulabschluss oder andere zentrale Ereignisse im Leben bereits hinter sich haben und diese folglich nicht mehr anstreben: Es geben acht Prozent der 18- bis 21-Jährigen und 18 Prozent der jüngeren Altersgruppe an, eine höhere Schule besuchen zu wollen.

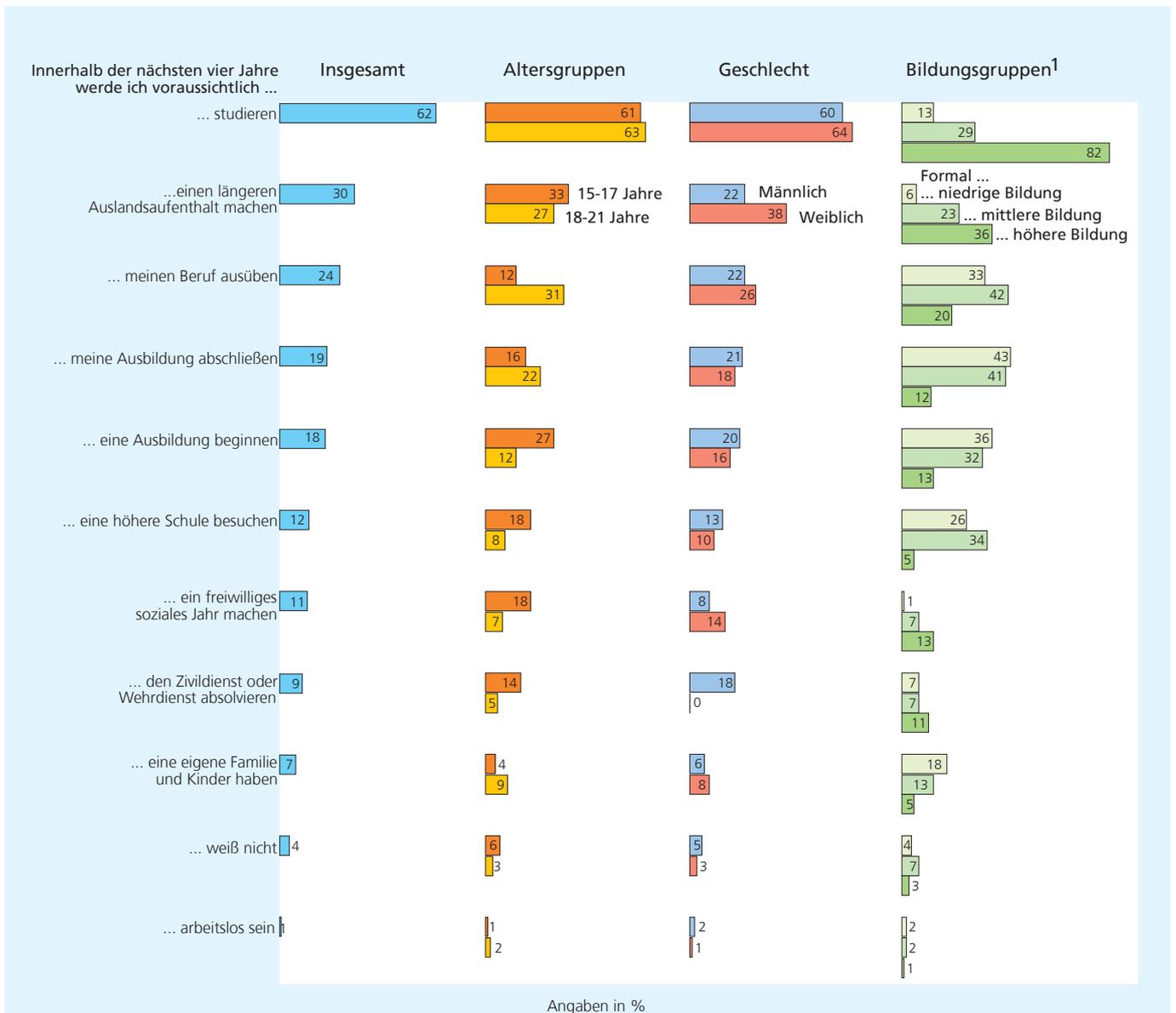
Weibliche Befragte zeigen mit 64 Prozent gegenüber 60 Prozent eine leicht höhere Studierneigung. Es handelt sich hierbei jedoch nicht um einen signifikanten Unterschied. Ein deutlicher Unterschied besteht zwischen männlichen und weiblichen Jugendlichen, wie bereits weiter oben erwähnt, hinsichtlich eines längeren Auslandsaufenthalts. Diesen planen 38 Prozent der weiblichen und nur 22 Prozent der männlichen Befragten der Online-Jugendbefragung.

Individuelle Zukunftsplanung variiert nach Bildung

Signifikante Unterschiede zwischen den drei formalen Bildungsgruppen bestehen in der Mehrheit der Zukunftsvorstellungen. Im Besonderen hinsichtlich des Vorhabens zu studieren: Dies streben 13 Prozent der Jugendlichen mit formal niedriger Bildung,

29 Prozent mit mittlerer und 82 Prozent mit höherer Bildung an. Die Tendenz zur Aufnahme einer Ausbildung im Gegensatz zum Studium ist innerhalb der Gruppe der formal niedrig und der formal mittel Gebildeten deutlich höher als bei den Gymnasiasten und Abiturienten. 36 respektive 32 Prozent der beiden letztgenannten Bildungsgruppen möchten in den nächsten vier Jahren eine Ausbildung beginnen, 26 Prozent der Jugendlichen mit formal niedriger Bildung und 34 mit mittlerer Bildung streben einen höheren Schulbesuch an. Alles in allem zeigt der Vergleich, dass über die Grenzen der einzelnen Bildungsgruppen hinweg hohe Bildungsaspirationen bei den Stuttgarter Jugendlichen bestehen und die eigene Zukunft mehrheitlich mit positiven und konkreten Vorstellungen verbunden ist.

Abbildung 6: Vorstellungen von der persönlichen Zukunft in den nächsten vier Jahren (Mehrfachnennungen möglich)



¹Bildungsgruppen:
 Formal höhere Bildung: Personen, die die Fachhochschule/das Gymnasium besuchen oder über Abitur/FH-Reife verfügen;
 Formal mittlere Bildung: Personen, die die Realschule besuchen oder höchstens über einen Realschulabschluss verfügen;
 Formal niedrige Bildung: Personen, die die Hauptschule besuchen oder höchstens über einen Hauptschulabschluss verfügen.

Quelle: Jugendbefragung 2010/11

Tabelle 10: Vorstellungen von der persönlichen Zukunft in den nächsten vier Jahren in der Jugendbefragung 2010/2011

Innerhalb der nächsten vier Jahre werde ich voraussichtlich ... ¹	Insgesamt	Altersgruppen		Geschlecht		Bildungsgruppen ²		
		15 -17 Jahre	18 - 21 Jahre	männlich	weiblich	Formal niedrige Bildung	Formal mittlere Bildung	Formal hohe Bildung
		%						
... studieren	62	61	63	60	64	13	29	82
... längerer Auslandsaufenthalt	30	33	27	22	38	6	23	36
... meinen Beruf ausüben	24	12	31	22	26	33	42	20
... meine Ausbildung abschließen	19	16	22	21	18	43	41	12
... eine Ausbildung beginnen	18	27	12	20	16	36	32	13
... eine höhere Schule besuchen	12	18	8	13	10	26	34	5
... ein freiwilliges soziales Jahr	11	18	7	8	14	1	7	13
... den Zivildienst oder Wehrdienst	9	14	5	18	0	7	7	11
... eine eigene Familie und Kinder haben	7	4	9	6	8	18	13	5
... weiß nicht	4	6	3	5	3	4	7	3
... arbeitslos sein	1	1	2	2	1	2	2	1

¹ Ohne Befragte, die keinen der Bereiche genannt haben.

² Bildungsgruppen: Formal höhere Bildung: Personen, die die Fachhochschule/das Gymnasium besuchen oder über Abitur/FH-Reife verfügen;
 Formal mittlere Bildung: Personen, die die Realschule besuchen oder höchstens über einen Realschulabschluss verfügen;
 Formal niedrige Bildung: Personen, die die Hauptschule besuchen oder höchstens über einen Hauptschulabschluss verfügen (n=72).

Quelle: Jugendbefragung 2010/2011

Landeshauptstadt Stuttgart, Statistisches Amt KommunIS

Fazit

Ergebnisse der Umfrage bildeten
 Diskussionsgrundlage für das
 Stuttgarter Jugendhearing

Die erste Online-Jugendbefragung unter Stuttgarter Jugendlichen im Alter zwischen 15 und 21 Jahren macht deutlich, dass junge Menschen gerne in Stuttgart leben und insbesondere die kommunale Bildungs-, Arbeits- und Freizeitgestaltung positiv bewerten. Die Erhebung zeigt weiter, dass Jugendliche sich intensiv mit der Gestaltung und Entwicklung ihrer persönlichen Zukunft auseinandersetzen, aber auch ein breites Bewusstsein für allgemeine kommunale Problemthemen zum Ausdruck bringen. Insbesondere die Problemwahrnehmungen, die die Befragung offen gelegt hat, bildete die zentrale Informations- und Diskussionsgrundlage für das Jugendhearing im Stuttgarter Rathaus am 12. Februar 2011. Zu den Themen „Verkehrsentwicklung“, „Freizeitmöglichkeiten/Treffpunkte“, „Schule/Ausbildung“ und „Gewalt unter Jugendlichen“ wurden bei der eintägigen Veranstaltung im Rathaus vier Arbeitsgruppen gebildet. Die Themen diskutierten die mehr als 110 Jugendlichen¹⁵ gemeinsam mit Experten und Gemeinderatsmitgliedern.

Autorin:
 Katarina Weßling
 Telefon: (0711) 216-98554
 E-Mail: katarina.wessling@stuttgart.de

- 1 Vgl. Shell-Jugendstudie 2010
http://www.shell.de/home/content/deu/aboutshell/our_commitment/shell_youth_study/2010/internet/, Stand: 10.04.2011.
- 2 Vgl. Bandilla et al. 2009: 130.
- 3 Vgl. Schöb 2010: 9.
- 4 Vgl. American Association for Public Opinion Research,
http://www.aapor.org/AM/Template.cfm?Section=Standard_Definitions2&Template=/CM/ContentDisplay.cfm&ContentID=3156, Stand: 12.04.2011.
- 5 Vgl. Couper & Couatts 2004: 221.
- 6 Der Nicht-Ablehnungsbereich oder Vertrauensbereich ist ein Intervall für den aus der Befragung ermittelten Mittel- oder Anteilswert, der mit einer 95-prozentigen Wahrscheinlichkeit dem wahren Wert in der Grundgesamtheit entspricht. Der Nicht-Ablehnungsbereich wird umso größer, je kleiner die Gruppe der Befragten ist, da mit einer kleineren Gruppe größere Unsicherheit bezüglich einer Aussage über die Grundgesamtheit besteht. Die sich ergebenden Mittel- oder Anteilswerte einer stichprobenbasierten Befragung werden als Schätzung für den unbekanntem, wahren Wert in der Grundgesamtheit interpretiert.
- 7 Vgl. Bandilla et al. 2009: 133.
- 8 Vgl. ebd.
- 9 Vgl. ebd. 2009: 137.
- 10 Vgl. von Meißner & Maeder 2006: 21.
- 11 Jugendliche, die zwei Jahre und weniger in Stuttgart leben.
- 12 Es wurden drei Bildungsgruppen gebildet: Formal höhere Bildung: Personen, die die Fachhochschule/das Gymnasium besuchen oder über Abitur/FH-Reife verfügen, Formal mittlere Bildung: Personen, die die Realschule besuchen oder höchstens über einen Realschulabschluss verfügen, Formal niedrige Bildung: Personen, die die Hauptschule besuchen oder höchstens über einen Hauptschulabschluss verfügen (n=72).
- 13 Die Beurteilungen in der Bürgerumfrage beziehen sich auf Stuttgart insgesamt.
- 14 Vgl. Shell-Jugendstudie 2010
http://www.shell.de/home/content/deu/aboutshell/our_commitment/shell_youth_study/2010/internet/, Stand: 10.04.2011.
- 15 Vgl. <http://www.newpolitics.de/jugendhearing/>, Stand: 12.03.2011.

Literatur:

- ADM (2001): ADM Arbeitskreis Deutscher Markt- und Sozialforschungsinstitute e.V.; ASI. Arbeitsgemeinschaft Sozialwissenschaftlicher Institute e.V., BVM Berufsverband Deutscher Markt- und Sozialforscher e.V., D.G.O.F. Deutsche Gesellschaft für Online-Forschung e.V.; Frankfurt a.M. http://www.adm-ev.de/pdf/Checkliste_D.pdf, Stand: 07.02.2011.
- Albert, Mathias; Hurrelmann, Klaus; Quenzel, Gudrun (Hrsg.) (2010): 16. Shell Jugendstudie - Jugend 2010. Fischer Taschenbuch Verlag, Frankfurt a.M. online verfügbar: http://www.shell.de/home/content/deu/aboutshell/our_commitment/shell_youth_study/2010/internet/, Stand: 10.04.2011.
- Bandilla, Wolfgang; Kaczmirek, Lars; Blohm, Michael; Neubarth, Wolfgang (2009): Coverage- und Nonresponse-Effekte bei Online-Bevölkerungsumfragen, in: Jakob, Nikolaus; Schoen, Harald; Zerback, Thomas (Hrsg.): Sozialforschung im Internet. Methodologie und Praxis der Online-Befragung.
- BMFSFJ (Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend) (2005): Zwölfter Kinder- und Jugendbericht Bericht über die Lebenssituation junger Menschen und die Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe in Deutschland, Bundesanzeiger Verlag Köln.
- Couper, Mick P.; Couatts, Elisabeth (2004): Online-Befragung. Probleme und Chancen von Online-Erhebungen, in: Dieckmann, Andreas (Hrsg.) (2004): Methoden der Sozialforschung, Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Sonderheft 44, S. 217 - 243.
- Dillmann, Don (2007): Mail and Internet Surveys: The Tailored Design Method – 2007 Updated with new Internet, Visual and Mixed-Mode Guide, New York.
- Gräf, Lorenz (2010): Online-Befragung - Eine praktische Einführung für Anfänger, Reihe: Sozialwissenschaftliche Methoden, LIT-Verlag.
- Jugendhearing Stuttgart <http://www.newpolitics.de/jugendhearing/>, Stand: 12.03.2011.
- Meißner von, Gila; Maeder, Marcel (2006): Befragung von Online-Bürger-Panels. Eine Erfolgsgeschichte aus den Niederlanden. In: Stadtforschung und Statistik, Heft 02/2006.
- Schöb, Anke (2010): Erste Ergebnisse der Stuttgarter Bürgerumfrage 2009, Statistik und Informationsmanagement, Themenheft 1/2010, S. 9 - 27.
- The American Association for Public Opinion Research (2011): Standard Definitions: Final Dispositions of Case Codes and Outcome Rates for Survey, 7th edition, AAPOR, online verfügbar: http://www.aapor.org/AM/Template.cfm?Section=Standard_Definitions2&Template=/CM/ContentDisplay.cfm&ContentID=3156, Stand: 12.04.2011.

Werner Münzenmaier¹

Daten zu einer Beurteilung des materiellen und immateriellen Wohlstands in den 15 Großstädten Deutschlands

Indikatorenset zur umfassenden Messung des Wohlstands in Großstädten umfasst 9 Indikatoren

In Wissenschaft und Politik wird seit einiger Zeit die Frage diskutiert, ob beziehungsweise wie das Bruttoinlandsprodukt als weitgehend anerkanntes Maß für Wirtschaftskraft und materiellen Wohlstand durch weitere Größen ergänzt werden soll, um Wohlfahrt und Wohlstand in der Gesellschaft umfassend beschreiben zu können.² In Heft 3/2011 dieser Schriftenreihe wurde diese Diskussion mit Blick auf größere Städte aufgegriffen.³ In Anlehnung an das sogenannte „Wohlstandsquartett“ des „Denkwerks Zukunft“⁴ wurde ein Indikatorenset vorgestellt, das einen ersten Ansatz zur Messung des entsprechend umfassend definierten Wohlstands in Großstädten erlauben könnte. Im Einzelnen wurden neun Indikatoren ausgewählt, die in Tabelle 1 zusammengestellt sind. Sie stehen für insgesamt fünf Kategorien und werden nachfolgend für die 15 größten Städte Deutschlands mit jeweils mehr als 500 000 Einwohnern näher analysiert. Die Reihenfolge der Städte in Tabelle 1 entspricht ihrer Einwohnerzahl im Jahr 2009.

Tabelle 1: Sozio-ökonomische Indikatoren deutscher Großstädte

Stadt	Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen	Primäreinkommen	Verfügbares Einkommen	Armutsgefährdungsquote auf der Basis von		Armut ist in der Stadt ein Problem	Ausländer sind in der Stadt gut integriert	Kommunale Schulden je Einwohner ¹ am 31. Dezember	Anteil Siedlungs- und Verkehrsflächen an der Gesamtfläche
				der privaten Haushalte je Einwohner					
		2008			2009			2008	
		€ je Erwerbstätigen	€ je Einwohner		%		Punkte ²	€ je Einwohner	%
Berlin	54 080	17 262	15 736	19,0	14,1	17	32	•	69,9
Hamburg	78 519	28 462	23 455	14,0	18,0	30	45	•	59,5
München	77 338	31 892	23 145	10,9	17,6	46	57	2 715,8	74,7
Köln	65 056	25 014	20 209	17,4	18,9	30	55	3 321,7	60,9
Frankfurt/Main	86 805	25 508	18 678	14,7	18,1	29	48	2 007,2	57,6
Düsseldorf	88 017	28 759	22 553	14,1	16,5	44	56	395,9	59,2
Stuttgart	73 005	28 397	22 299	14,7	19,5	51	62	1 008,4	51,3
Hannover	68 680	21 923	18 515	21,6	20,6	•	•	4 040,3	68,0
Nürnberg	63 072	22 635	19 066	17,8	16,4	39	56	3 276,1	58,8
Bremen	72 254	24 144	21 590	19,5	16,7	•	•	•	58,1
Essen	71 269	22 042	19 147	16,8	17,4	30	42	1 850,6	67,7
Dresden	50 194	17 160	15 820	19,3	16,3	•	•	95,3	39,9
Dortmund	64 171	19 584	17 343	22,2	17,7	18	38	2 001,4	58,9
Leipzig	47 426	15 123	14 791	27,2	19,1	31	51	1 404,3	49,5
Duisburg	68 500	17 862	16 133	22,9	14,4	•	•	2 433,6	60,7
Deutschland	61 963	22 291	18 974	14,6	•	•	•	987,4	13,2

¹Ohne Stadtstaaten.

²Je höher der Wert, um so positiver wird die Situation in der Stadt eingeschätzt.

1. Materielles Wohlstandsniveau (ökonomische Dimension)

Problemstellung

Bruttoinlandsprodukt (BIP) je Einwohner (EW) für Städte mit Zentralitätsfunktion wenig aussagefähig

Während für Staaten oder größere Flächenländer das Bruttoinlandsprodukt je Einwohner den weitgehend anerkannten Indikator für das materielle Wohlstandsniveau darstellt, ist diese Pro-Kopf-Größe für Städte höchst problematisch, weil damit eine produktionsortbezogene Größe, das Bruttoinlandsprodukt, auf eine wohnortbezogene Größe, die Zahl der Einwohner, ins Verhältnis gesetzt wird. Gerade im Falle größerer Städte mit wirtschaftlicher Zentralitätsfunktion und hohen Einpendlerüberschüssen führt dieser Indikator zur erheblichen Verzerrungen.

Im Einzelnen werden verwendet ...

Deshalb werden als Repräsentanten der ökonomischen Dimension für Städte insgesamt drei Pro-Kopf-Größen ausgewählt, die seitens der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für Stadt- und Landkreise regelmäßig zur Verfügung gestellt werden, nämlich

... BIP je Erwerbstätigen (ET)

- das Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen als Ausdruck der Wirtschaftskraft der betreffenden Stadt,

... Primäreinkommen (PEK) der privaten Haushalte je EW

- das Primäreinkommen der privaten Haushalte je Einwohner, in dem alle der entsprechenden Bevölkerung zufließenden Einkommen zusammengefasst sind, also Arbeitnehmerentgelt, Selbstständigeneinkommen von Einzelunternehmen und Selbstständigen einschließlich Vergütung für die mithelfenden Familienangehörigen, Betriebsüberschuss aus der Produktion von Dienstleistungen aus eigen genutztem Wohneigentum sowie netto empfangene Vermögenseinkommen.

134

... Verfügbares Einkommen (VEK) der privaten Haushalte je EW

- das Verfügbare Einkommen der privaten Haushalte je Einwohner, das sich aus dem Primäreinkommen nach Abzug der gezahlten direkten Steuern und Sozialbeiträge beziehungsweise nach Zurechnung der empfangenen Sozialleistungen und sonstigen laufenden Transfers ableitet und somit dem Einkommen entspricht, das den privaten Haushalten für Konsum- oder Sparzwecke letztlich zur Verfügung steht.

Aktuell vorliegende Zahlen für 2008

Die derzeit aktuell vorliegenden Zahlen für diese drei volkswirtschaftlichen Indikatoren beziehen sich auf das Jahr 2008. In den Abbildungen 1 bis 3 sind die entsprechenden Pro-Kopf-Werte für die fünfzehn Städte Deutschlands mit mehr als 500 000 Einwohnern dargestellt, und zwar geordnet nach der Höhe des jeweiligen Indikators.

Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen

Strukturbedingt hohes BIP je ET in Düsseldorf und Frankfurt ...

Die höchste Wirtschaftskraft, gemessen am Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen (vgl. Abbildung 1), hatten 2008 die Städte Düsseldorf und Frankfurt am Main mit 88 000 beziehungsweise 86 800 € je Erwerbstätigen aufzuweisen. Ausschlaggebend für diese Spitzenwerte ist insbesondere die hohe Kapitalintensität der in beiden Städten stark vertretenen unternehmensnahen Dienstleistungen, nämlich Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister; hinzu kommt, vor allem in Frankfurt, die ebenso kapitalintensive Luftfahrt.⁵

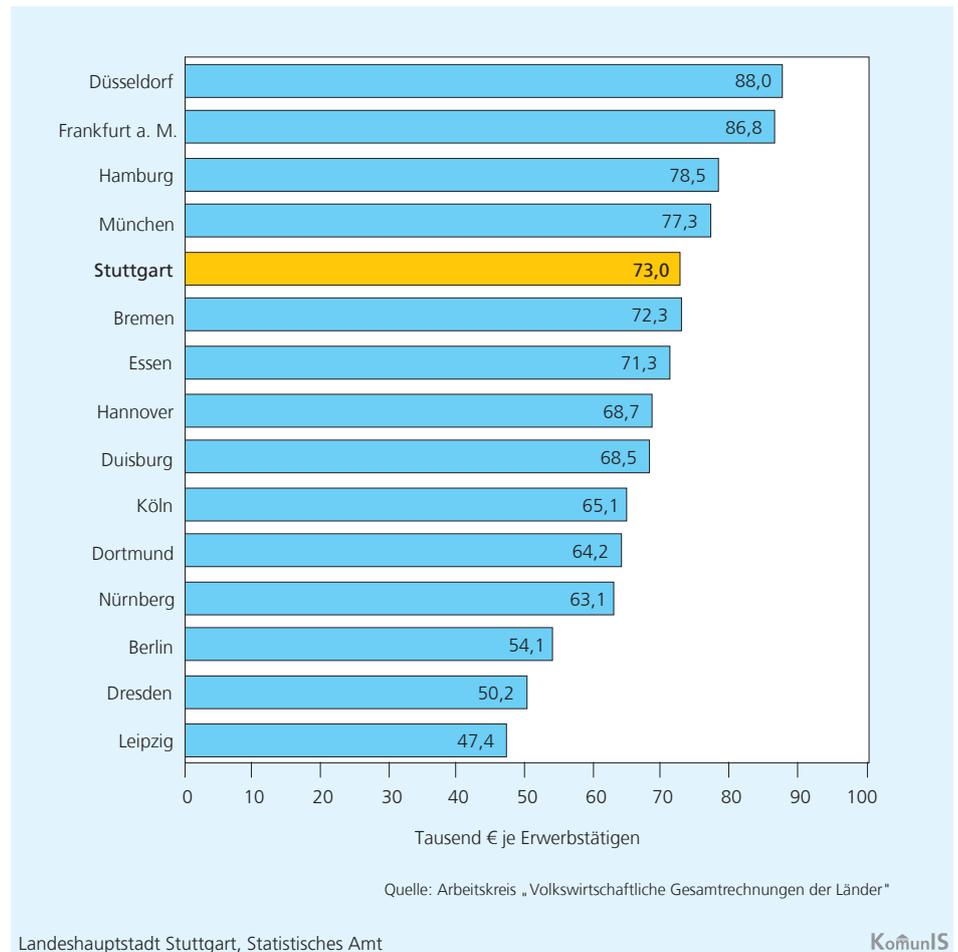
... sowie in Hamburg und München

Eine hohe Verankerung im Bereich der unternehmensbezogenen Dienstleistungen sowie der Luftfahrt spiegelt auch die mit 78 500 beziehungsweise 77 300 € je Erwerbstätigen hohe Arbeitsproduktivität für die Städte Hamburg und München wider, wobei im Falle von Hamburg noch die kapitalintensiven Wirtschaftsbereiche Schifffahrt und Mineralölverarbeitung hinzu kommen.

Stuttgart auf Platz 5 wegen hochtechnologisierter Industriebereiche, trotz relativ geringer Bedeutung von Unternehmensdienstleistern

Im Vergleich zu diesen vier Städten fällt Stuttgart mit einem Bruttoinlandsprodukt von 73 000 € je Erwerbstätigen etwas zurück. Dies ist auf einen im Verhältnis zu den genannten vier Städten geringen Anteil des kapitalintensiven Bereichs

Abbildung 1: Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen in Städten mit mehr als 500 000 Einwohnern 2008



Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleistungen zurückzuführen, was durch die ebenfalls hohe Produktivität der für die baden-württembergische Landeshauptstadt kennzeichnenden hochtechnisierten Bereiche des Verarbeitenden Gewerbes – mit starker Ausrichtung auf die Investitionsgüterproduktion – nur teilweise ausgeglichen wird.

Noch hohes BIP je ET in Bremen ...

Die mit 72 300 € je Erwerbstätigen ebenfalls recht hohe Arbeitsproduktivität in Bremen erklärt sich vor allem durch den dort stark vertretenen Bereich Grundstücks- und Wohnungswesen sowie die Schifffahrt.

... und in Essen ebenfalls strukturbedingt

Die auch in Essen mit 71 300 beachtliche Wirtschaftskraft lässt sich – zusätzlich zu einer überdurchschnittlichen Bedeutung unternehmensnaher Dienstleistungen – durch den hohen Anteil der kapitalintensiven Energieversorgung erklären.

Große Bedeutung öffentlicher und privater Dienstleister sowie des Baugewerbes bedingen niedrige Wirtschaftskraft in Berlin, Dresden und Leipzig

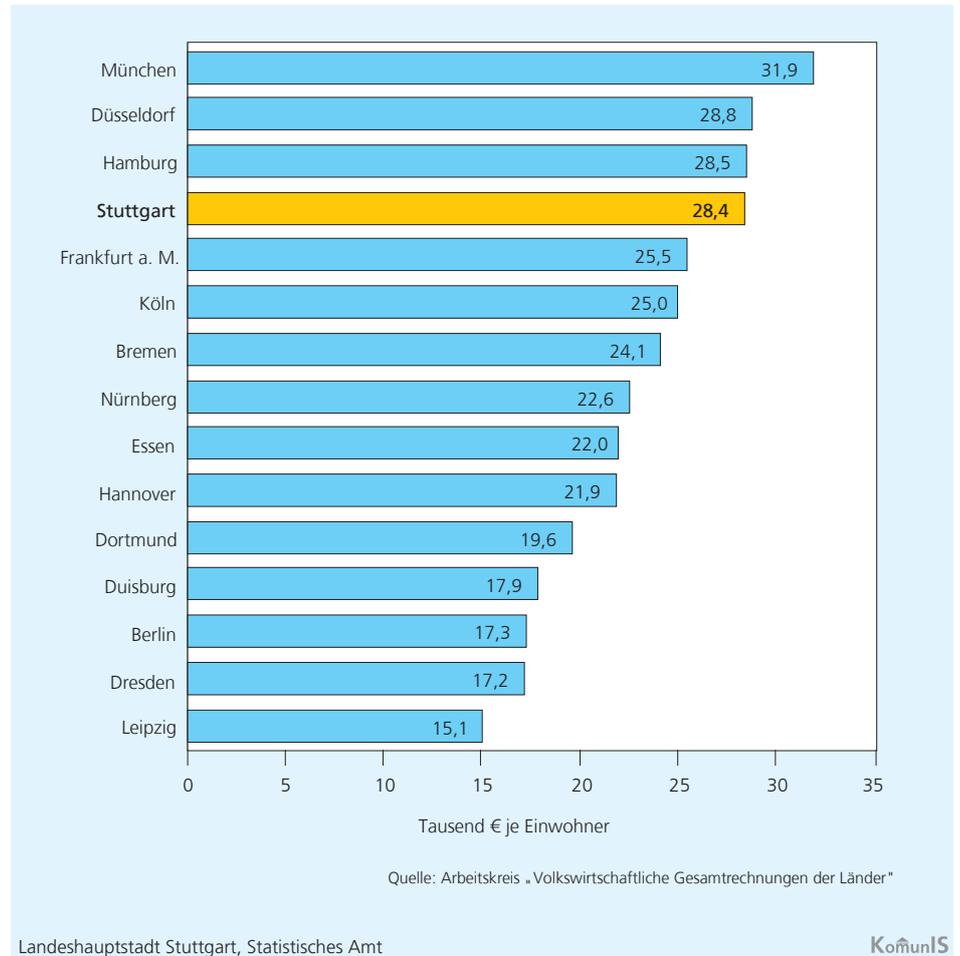
Die geringste Wirtschaftskraft wurde für 2008 in den beiden sächsischen Städten Leipzig und Dresden mit 47 400 beziehungsweise 50 200 € je Erwerbstätigen gemessen, außerdem in der Bundeshauptstadt Berlin mit 54 100 € je Erwerbstätigen. Hier spielt die starke Ausrichtung auf Wirtschaftsbereiche mit geringer Arbeitsproduktivität eine Rolle; das sind zum einen öffentliche und private Dienstleister, also Einrichtungen und Unternehmen in den Bereichen öffentliche Verwaltung, Erziehung und Unterricht, Gesundheits- und Sozialwesen und Ähnliches, zum anderen das ebenfalls arbeitsintensive Baugewerbe.

Primäreinkommen der privaten Haushalte je Einwohner

PEK je EW guter Indikator für materiellen Wohlstand

Mehr noch als das Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen als Indikator für die Wirtschaftskraft lässt sich über das Einkommen der privaten Haushalte je Einwohner der materielle Wohlstand einer Stadt messen. Die Daten für das Primäreinkommen in den Großstädten im Jahre 2008 sind in Abbildung 2 aufgelistet.

Abbildung 2: Primäreinkommen der privaten Haushalte je Einwohner in Städten mit mehr als 500 000 Einwohnern 2008



136

Städte mit hohem BIP je ET sind auch beim PEK je EW vorne, Stuttgart sogar an 4. Stelle vor Frankfurt

Im Vergleich zu Abbildung 1 fällt zunächst auf, dass die bei der Wirtschaftskraft stärksten Städte auch beim Primäreinkommen der privaten Haushalte an der Spitze der Großstädte stehen, wenngleich in abgewandelter Reihenfolge. So hat sich München mit 31 900 € je Einwohner relativ deutlich vor Düsseldorf, Hamburg und Stuttgart gesetzt, auf die 28 800, 28 500 beziehungsweise 28 400 € je Einwohner entfallen. Schon etwas abgeschlagen folgt dann die bezüglich der Wirtschaftskraft zweitstärkste Stadt Frankfurt am Main mit 25 500 € je Einwohner.

Konzeptionelle Unterschiede: PEK betrachtet nur Einkommen der privaten Haushalte

Bei der Gegenüberstellung beider Größen sind zunächst konzeptionelle Unterschiede zu beachten, so vor allem die Tatsache, dass sich die hier betrachteten Primäreinkommen definitionsgemäß nur auf die privaten Haushalte und privaten Organisationen ohne Erwerbszweck beziehen. Dies bedeutet vor allem, dass im Vergleich zum Bruttoinlandsprodukt die Einkommen des Staates (z. B. aus Steuern) und von Unternehmen (z. B. in Form von Vermögenseinkommen) außer Acht bleiben, und ebenso keine Abschreibungen enthalten sind.

Umfang der Pendlerbewegungen und Attraktivität einer Großstadt für Bezieher hoher Einkommen entscheidend für die Rangfolge

Mit Blick auf die hier untersuchten Großstädte ist insbesondere zu berücksichtigen, dass beim Übergang von den dort erzielten Einkommen, die in das Bruttoinlandsprodukt einfließen, zu den Einkommen der dort lebenden Menschen im Zuge von

Hohes PEK je EW in München, Düsseldorf, Hamburg und Stuttgart

zum Teil recht umfangreichen Pendlerbewegungen erhebliche Einkommen aus den Städten in Umlandgemeinden abfließen. Wie in früheren Untersuchungen gezeigt werden konnte⁶, zeichnen sich unter den 15 großen Städten Deutschlands vor allem Frankfurt am Main, Düsseldorf und Stuttgart durch eine hohe Nettoeinpenderintensität aus; Hamburg und auch München weisen demgegenüber netto deutlich niedrigere Einpendlerwerte auf. Außerdem haben offensichtlich viele in Frankfurt und auch in Stuttgart beschäftigte und dort gut verdienende Arbeitnehmer einen Wohnort außerhalb der betreffenden Stadt gewählt, während sich München, und mit Abstrichen auch Hamburg und Düsseldorf, durch eine hohe Attraktivität als Wohngemeinde auch für Menschen mit hohen Einkommen auszeichnen. So übertreffen die Primäreinkommen je Einwohner der Städte München, Hamburg und Düsseldorf die Durchschnittseinkommen der Gemeinden in den jeweils umliegenden Regionen, während umgekehrt die Einwohner der Region Stuttgart und vor allem des Planungsverbands Ballungsraum Frankfurt/Rhein-Main höhere Primäreinkommen je Einwohner zu verzeichnen haben als die Städte Stuttgart und Frankfurt selbst.

Geringste PEK je EW in Leipzig, Dresden und Berlin

Jeweils am Ende der Ranking-Skala liegt auch beim Primäreinkommen der privaten Haushalte die Stadt Leipzig, die mit 15 100 € je Einwohner nicht einmal die Hälfte des Einkommensniveaus von München erreicht, davor rangiert Dresden mit 17 200 € je Einwohner und damit nur einem geringen Abstand zu Berlin mit 17 300 € je Einwohner.

Rangverbesserung bei PEK je EW gegenüber BIP je ET für Köln, ...

Bei den sieben noch nicht genannten Städten, die bei beiden Indikatoren die Plätze 6 bis 12 einnehmen, zeigen sich ebenfalls gewisse Rangverschiebungen. Besonders bemerkenswert ist die Verbesserung von Köln (Wirtschaftskraft Platz 10, Primäreinkommen Platz 6), was unter anderem darauf zurückzuführen sein könnte, dass viele Kölner Einwohner in der Nachbarstadt Leverkusen arbeiten, wo wirtschaftsstrukturbedingt hohe Arbeitnehmerentgelte erzielt werden. Allerdings sind aus der Sicht Kölns auch Einkommensverluste zu verzeichnen, nämlich durch Bewohner umliegender Gemeinden, die in Köln arbeiten und dort recht gut verdienen.

... Rangverschlechterung für Duisburg aufgrund spezifischer Pendlerverhältnisse

Umgekehrt ist für Duisburg ein Rückgang von Platz 9 bei der Wirtschaftskraft auf Platz 12 beim Primäreinkommen zu verzeichnen, das mit 17 900 € je Einwohner gegenüber den anderen westdeutschen Städten ziemlich abfällt und nur leicht über dem Wert Berlins liegt. Eine Erklärung hierfür ist, dass der Nettopendlersaldo in der Stadt Duisburg – als Teil des großen Wirtschaftsraums Ruhrgebiet – recht gering ist und offensichtlich viele in Duisburg arbeitende, aber in umliegenden Gemeinden wohnende Menschen überdurchschnittlich gut verdienen, während die in Duisburg wohnenden und außerhalb arbeitenden Erwerbstätigen relativ geringere Einkommen erzielen. Die mit Abstand wichtigste Zielgemeinde Duisburger Berufsauspendler ist im Übrigen Düsseldorf.

VEK je EW als weitere Einkommensgröße

Bei einer Gegenüberstellung des Primäreinkommens (vgl. Abbildung 2) mit dem Verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte je Einwohner (vgl. Abbildung 3) fallen folgende Aspekte auf:

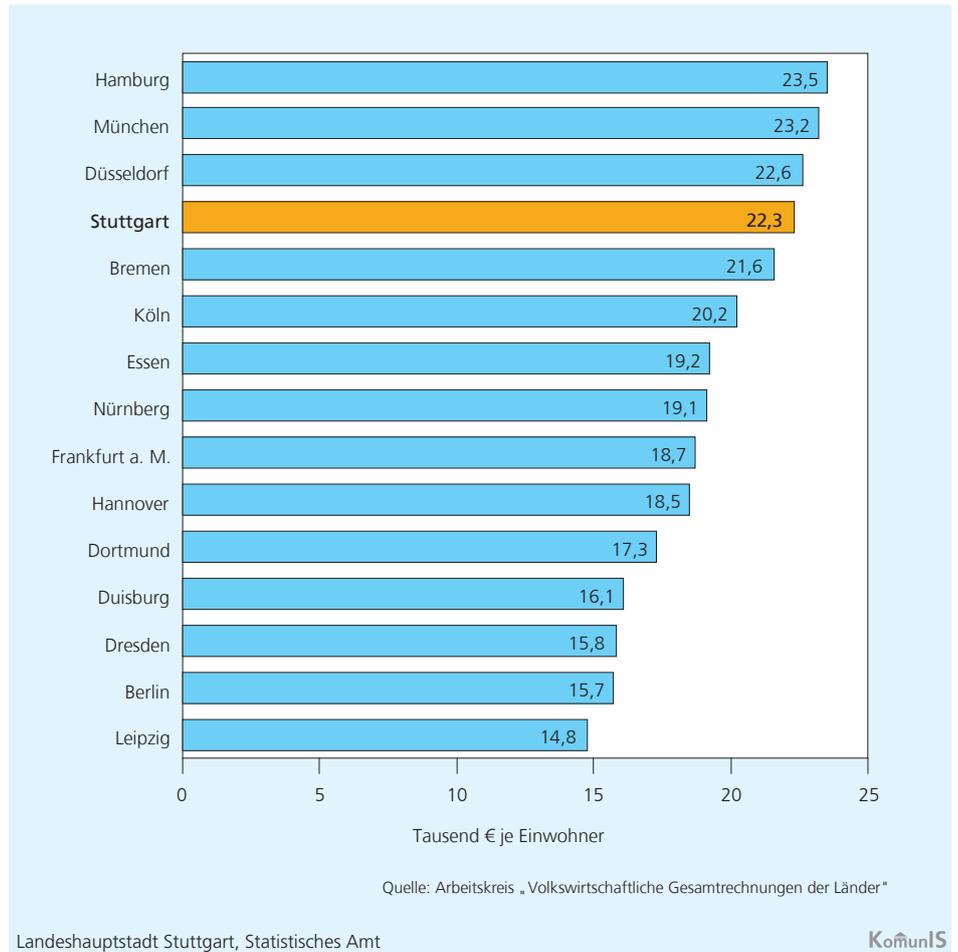
VEK in allen Städten niedriger als PEK

Die Höhe des Verfügbaren Einkommens liegt in allen Städten unter derjenigen des Primäreinkommens je Einwohner; dies bedeutet, dass die von den dort lebenden Menschen gezahlten direkten Steuern und Abgaben die von ihnen empfangenen Sozialleistungen und sonstigen Transfers durchweg übersteigen. Gleichzeitig ist dieser Differenzbetrag – allein schon wegen der Progressivität der Einkommensteuer – in Städten mit hohen Einkommen deutlich stärker ausgeprägt als umgekehrt.

Gleichzeitig Nivellierung der Werte zwischen den Städten

Hieraus ergibt sich für das Verfügbare Einkommen der privaten Haushalte je Einwohner eine deutliche Nivellierung der Werte für die Städte untereinander mit der Folge, dass sich die Abstände zwischen der Stadt mit dem höchsten und derjenigen mit dem niedrigsten Einkommen stark verringern. So betrug 2008 die Differenz beim

Abbildung 3: Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte je Einwohner in Städten mit mehr als 500 000 Einwohnern 2008



138

Primäreinkommen der privaten Haushalte je Einwohner zwischen München mit 31 900 und Leipzig mit 15 100 € je Einwohner beachtliche 16 800 € je Einwohner, beim Verfügbaren Einkommen ist der Abstand zwischen Hamburg mit 23 500 und Leipzig mit 14 800 € je Einwohner auf 8700 € je Einwohner zusammengeschmolzen.

Kaum Verschiebungen in der Rangfolge bei ...

In der Reihenfolge der Städte haben sich beim Übergang vom Primäreinkommen zum Verfügbaren Einkommen nur wenige bemerkenswerte Verschiebungen ergeben:

... Städten mit hohen ...

Zunächst ist festzustellen, dass die Städte Hamburg, München, Düsseldorf und Stuttgart auch beim Verfügbaren Einkommen die ersten vier Plätze einnehmen, wenngleich mit teilweise abweichender Reihenfolge. Stuttgart bleibt in jedem Falle beim Verfügbaren Einkommen mit 22 300 € je Einwohner auf Platz 4.

... und mit niedrigen Einkommen

Ebenso bleibt die Reihenfolge der sechs Großstädte mit den geringsten Einkommen weitgehend unverändert, das heißt hinter den westdeutschen Städten Hannover, Dortmund und Duisburg folgen Berlin und die beiden sächsischen Städte, wobei Dresden sich beim Verfügbaren Einkommen leicht vor Berlin geschoben hat.

Relativ geringe Sozialtransfers zugunsten der Einwohner Frankfurts bewirken dort Rangverschlechterung beim VEK

Besonders ins Auge fällt dagegen der Rangverlust von Frankfurt am Main von Platz 5 beim Primäreinkommen auf Platz 9 beim Verfügbaren Einkommen je Einwohner, während umgekehrt Bremen von Platz 7 auf Platz 5 und Essen von Platz 9 auf Platz 7 vorgerückt sind. Ursächlich hierfür sind verhältnismäßig geringe Sozialtransfers zugunsten der Einwohner Frankfurts, was sich unter anderem aus den, gerade auch im Vergleich zu den beiden anderen genannten Städten, niedrigeren Arbeitslosenquoten und Sozialhilfequoten der hessischen Metropole ablesen lässt.

2. Einkommensverteilung beziehungsweise Armut (sozio-ökonomische Dimension)

Problemstellung

Armutsgefährdungsquoten geben Auskunft über Einkommensverteilung

Eine wesentliche Kritik am Bruttoinlandsprodukt als Wohlstandsindikator ist, dass diese Größe keine Aussagen über die personelle Einkommensverteilung erlaubt. Oder mit Blick auf die hier zu untersuchende Situation in deutschen Großstädten: Während über die Primäreinkommen und die Verfügbaren Einkommen interregionale Disparitäten zwischen Städten gemessen werden können, muss zur Ermittlung intraregionaler Disparitäten, also zu Fragen der Einkommensverteilung innerhalb der jeweiligen Stadt, ein anderer Maßstab herangezogen werden. Dies wird hier über sogenannte Armutsgefährdungsquoten versucht, die von der amtlichen Statistik über Daten des Mikrozensus zur Verfügung gestellt werden⁷.

Statistische Grundlage ist das Nettoäquivalenzeinkommen nach dem Mikrozensus ...

Grundlage hierfür sind die Haushaltsnettoeinkommen, aus denen sogenannte bedarfsgewichtete Nettoäquivalenzeinkommen pro Person errechnet werden. Dieses Pro-Kopf-Einkommen berücksichtigt, in welcher Art von Haushalt die betreffende Person lebt. Dazu werden die einzelnen Einkommen der Haushaltsmitglieder zunächst addiert und dann auf diese Personen verteilt. Damit wird unterstellt, dass alle Haushaltsmitglieder den gleichen Wohlstand genießen - ein arbeitsloses Haushaltsmitglied muss deshalb nicht in Armut leben, wenn eine andere Person im Haushalt gut verdient. Außerdem berücksichtigt das Äquivalenzeinkommen die Ersparnis, die ein Mehrpersonenhaushalt gegenüber einem Einpersonenhaushalt hat, weil beispielsweise nur eine Waschmaschine oder eine Küche pro Haushalt benötigt wird. Dieses Einkommenskonzept macht dadurch die Einkünfte von Personen aus Haushalten unterschiedlicher Größe miteinander vergleichbar.

... mit Bedarfsgewichtung der Personen im Haushalt

Um die genannte Ersparnis von Mehrpersonen- gegenüber Einpersonenhaushalten zu berücksichtigen, müssen die einzelnen Haushaltsmitglieder unterschiedlich gewichtet werden. Entsprechend einer international abgestimmten Bedarfsgewichtung erhält danach die erste erwachsene Person eines privaten Haushalts ein Bedarfsgewicht von 1, jede weitere Person über 14 Jahren ein Bedarfsgewicht von 0,5 und jede Person unter 14 Jahre ein Bedarfsgewicht von 0,3; für einen Vierpersonenhaushalt mit zwei Kindern unter 14 Jahren ergibt sich hieraus ein Bedarfsgewicht von 2,1. Zur Bestimmung des Nettoäquivalenzeinkommens wird das Haushaltseinkommen durch die Summe der so ermittelten Bedarfsgewichte geteilt; für den genannten Vierpersonenhaushalt mit einem angenommenen monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von 4200 € errechnet sich dann ein Nettoäquivalenzeinkommen von 2000 € pro Person.

Konzeptionelle Unterschiede zum VEK der VGR

Das über den Mikrozensus erfragte Nettoeinkommen, das wie ausgeführt die Basis des Nettoäquivalenzeinkommens darstellt, kommt dem Verfügbaren Einkommen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen recht nahe. Zu beachten ist jedoch, dass letzteres nicht nur die Einkommen der privaten Haushalte, sondern auch von privaten Organisationen ohne Erwerbszweck, also zum Beispiel Kirchen, Stiftungen, Verbände und Gewerkschaften, enthält und auch inhaltlich etwas anders abgegrenzt ist; beispielsweise gehören zum Verfügbaren Einkommen auch fiktive Altersicherungsbeiträge des Staates für Beamte und der Betriebsüberschuss aus der Produktion von Dienstleistungen aus eigengenutztem Wohneigentum.

Armutsgefährdungsschwelle bei 60 % des Medians

Über die in der beschriebenen Weise errechneten Nettoäquivalenzeinkommen der privaten Haushalte wird anschließend ein Median ermittelt, also der mittlere Wert einer entsprechend aufsteigend geordneten Datenreihe. Die Armutsgefährdungsschwelle wird in Höhe von 60 Prozent des Medians eines Nettoäquivalenzeinkommens festgelegt.

Median auf Basis der jeweiligen Stadt ermöglicht Aussagen über Einkommensdisparitäten in der Stadt, ...

Die Armutsgefährdungsschwelle der in einer Stadt lebenden Menschen kann nun auf Grundlage der Medianwerte aus dem Äquivalenzeinkommen entweder des nationalen Durchschnitts oder des Durchschnitts der jeweiligen Stadt berechnet

... Median auf Basis des Bundesdurchschnitts hat anders geartete Aussagekraft

Rangfolge der Armutsgefährdungsquote auf Basis des Bundesmedians entspricht weitgehend derjenigen beim VEK je EW

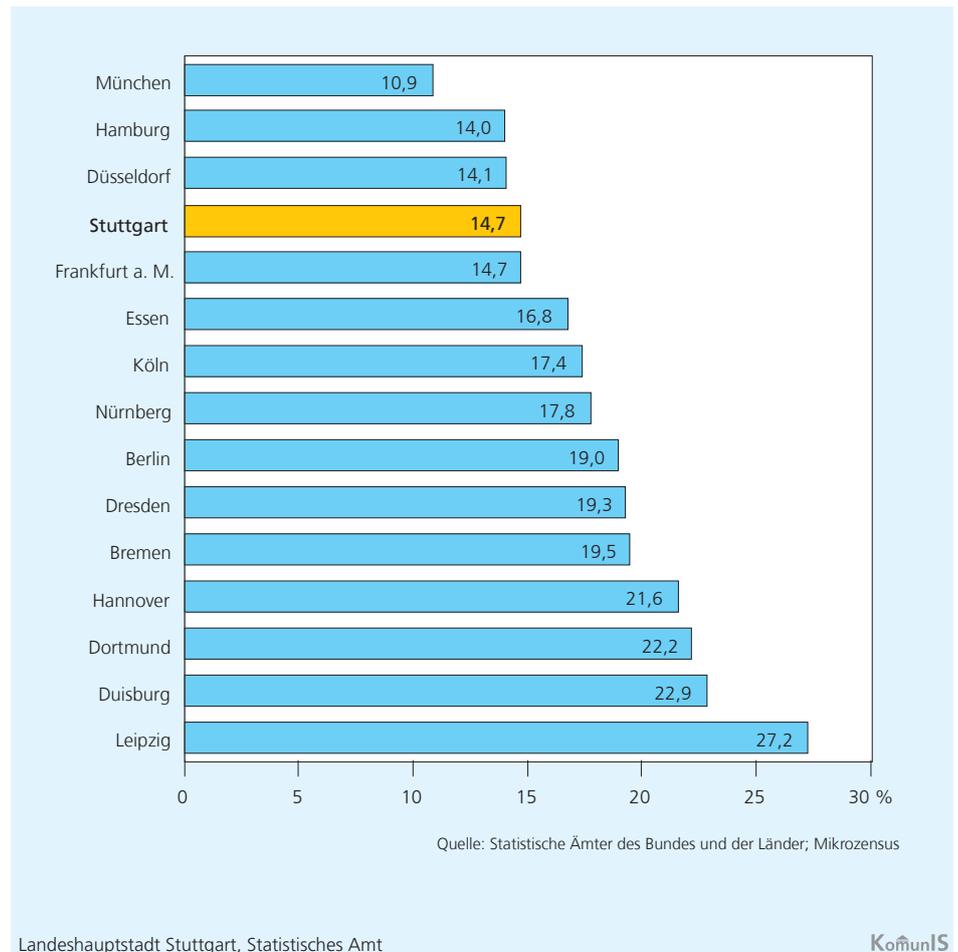
werden. Dabei ist der geeignete Maßstab zur Messung der intraregionalen Disparität, also der Einkommensungleichgewichte innerhalb der jeweiligen Stadt, die Orientierung am Median dieser Stadt selbst. Allerdings kann auch der Vergleich mit dem nationalen Durchschnittswert interessante Anhaltspunkte zur Bestimmung der relativen Armut einer Stadt geben.

Armutsgefährdungsquote auf Basis des Bundesmedians

Betrachtet man zunächst die Armutsgefährdungsquote auf der Basis des Bundesmedians für das Jahr 2009 in Abbildung 4, so überrascht es nicht, dass Städte mit hohem Primäreinkommen oder hohem verfügbarem Einkommen der privaten Haushalte eine so gemessen niedrige Armutsgefährdungsquote aufweisen. Diese Armutsgefährdungsquote auf der Basis des Bundesmedians ist bei den vier Städten mit dem höchsten verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte je Einwohner besonders gering, nämlich in München (10,9 %), Hamburg (14,0 %), Düsseldorf (14,1 %) und Stuttgart (14,7 %). Überraschenderweise gehört auch Frankfurt am Main, das wie Stuttgart eine Quote von 14,7 Prozent aufweist, in diese Kategorie, obwohl die hessische Metropole beim verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte lediglich Rang 9 einnimmt – im Gegensatz zu Primäreinkommen mit ebenfalls Platz 5.

Abbildung 4: Armutsgefährdungsquote in Städten mit mehr als 500 000 Einwohnern auf Basis des Bundesmedians 2009

140



Allerdings haben sich bei der Armutsgefährdungsquote Frankfurt, Berlin und Dresden in der Rangfolge merklich verbessert

Auch am unterem Ende der Skala ergeben sich einige Besonderheiten. Zwar weist Leipzig, die Großstadt mit dem geringsten verfügbaren Pro-Kopf-Einkommen, auch bei der Armutsgefährdungsquote auf Basis des Bundesmedians mit 27,2 Prozent den höchsten Wert auf, dagegen haben sich Berlin und Dresden bei so gemessenen Armutsgefährdungsquoten in Höhe von 19,0 und 19,3 Prozent recht deutlich nach

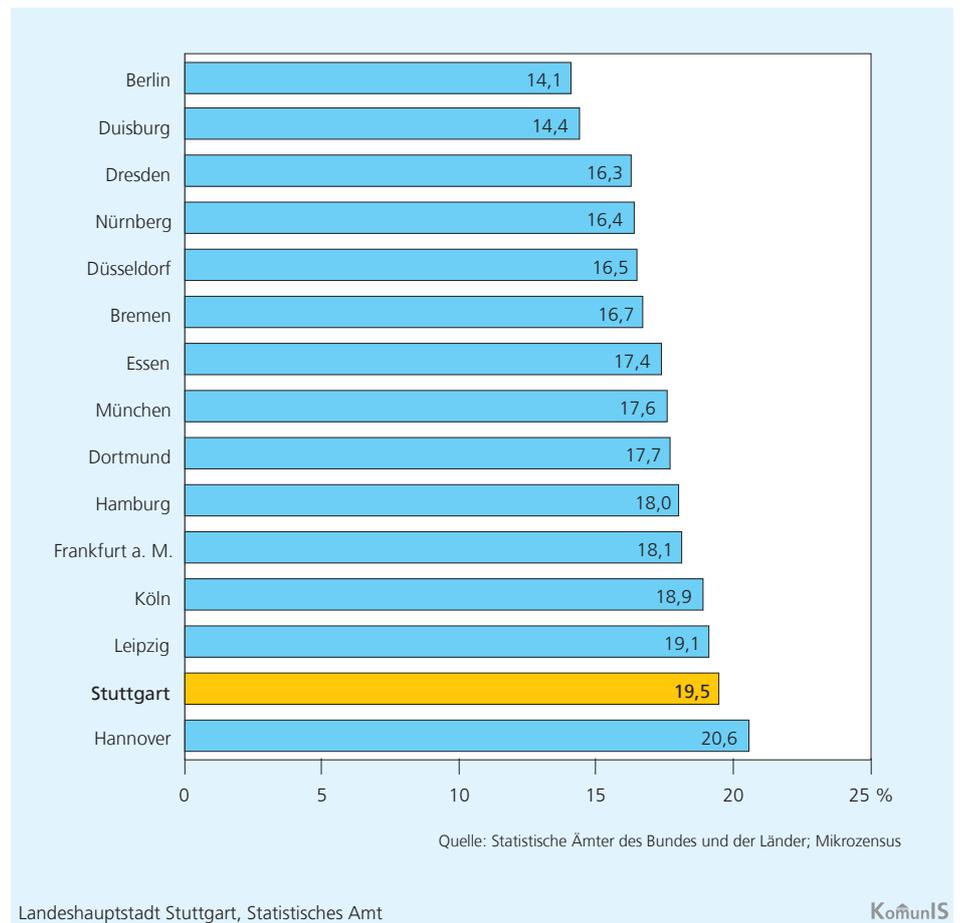
oben auf die Plätze 9 und 10 gesetzt. Höhere Armutsgefährdungsquoten wurden noch für die westdeutschen Städte Duisburg und Dortmund sowie die norddeutschen Städte Hannover und Bremen gemessen. Für Essen, Köln und Nürnberg ergeben sich dagegen bei der Armutsgefährdungsquote auf Basis des Bundesmedians ähnliche Rangziffern wie für die Verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte.

Armutsgefährdungsquote auf Basis des Medians der Stadt

Ein komplett anderes Bild zeigt sich dagegen für die Armutsgefährdungsquoten auf Basis des Medians der jeweiligen Stadt für das Jahr 2009, die – wie ausgedrückt – Hinweise für die Einkommensungleichgewichte innerhalb einer Stadt geben. Abbildung 5 zeigt für die Städte Berlin (14,1 %) und Duisburg (14,4 %) besonders niedrige Quoten, was auf dort eher geringe Einkommensdisparitäten hinweist. Auf den vier folgenden Plätzen mit Werten zwischen 16,3 und 16,7 Prozent liegt mit Dresden ebenfalls eine Stadt mit geringem Pro-Kopf-Einkommen, allerdings gehört auch Düsseldorf, das beim Verfügbaren Einkommen je Einwohner zur Spitzengruppe zählt, zu dieser Gruppe, ebenso Bremen und auch noch Nürnberg.

Vollständig anderes Bild bei Armutsgefährdungsquote auf Basis des Medians der Stadt, dem Indikator für intraregionale Einkommensdisparitäten

Abbildung 5: Armutsgefährdungsquote in Städten mit mehr als 500 000 Einwohnern auf Basis des Medians der jeweiligen Stadt 2009



Einkommensungleichgewichte besonders gering in Berlin, Duisburg und Dresden, ...

Auf den weiteren Plätzen folgen mit Werten zwischen 17,4 und 18,1 Prozent die beiden anderen Ruhrgebietsstädte, nämlich Essen und Dortmund, außerdem wiederum zwei Städte mit Höchstwerten beim Verfügbaren Einkommen, nämlich München und Hamburg. Auch Frankfurt am Main mit zwar recht niedrigem Verfügbarem, aber noch hohem Primäreinkommen pro Einwohner zählt hierzu.

... besonders hoch in Hannover, Stuttgart, Leipzig und Köln

Das gemessen an der Armutsgefährdungsquote höchste intraregionale Einkommensungleichgewicht hat die Stadt Hannover mit einem Wert von 20,6 Prozent

aufzuweisen; davor, mit dem zweithöchsten Wert, steht Stuttgart mit 19,5 Prozent. Eine Armutsgefährdungsquote von rund 19 Prozent wurde wiederum für zwei beim Einkommensniveau recht unterschiedliche Städte gemessen, nämlich für die beim Verfügbaren Einkommen je Einwohner unterhalb der Spitzengruppe liegende Stadt Köln und für die, gemessen an diesem Indikator, einkommensärmste Stadt Leipzig. Leipzig und Hannover sind damit die beiden Städte, die bei beiden Armutsgefährdungsquoten hintere Plätze einnehmen.

Gründe für bemerkenswerte Besonderheiten

Die über die Armutsgefährdungsquote auf Basis des Medians der jeweiligen Stadt gemessene intraregionale Einkommensdisparität zeigt, ausgehend von den durchschnittlichen Einkommen der privaten Haushalte der jeweiligen Stadt, einige bemerkenswerte Besonderheiten, die Anlass zur weiteren Untersuchungen geben sollten.

Konzeptionelle Unterschiede, weil VEK auch Einkommen der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck umfasst

Dabei ist zunächst aus konzeptioneller Sicht zu beachten, dass die hier betrachteten Einkommen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen – wie ausgeführt – auch Einkommen von privaten Organisationen ohne Erwerbszweck enthalten, die in einzelnen Städten durchaus finanzkräftig sein können, außerdem fiktive Alterssicherungsbeiträge für Beamte und den Betriebsüberschuss im Zusammenhang mit eigengenutztem Wohneigentum. Alle drei Ursachen können beispielsweise für Stuttgart zu einer überproportionalen Aufstockung des Verfügbaren Einkommens gegenüber dem tatsächlichen Nettoeinkommen der privaten Haushalte führen, wie es über den Mikrozensus ermittelt wird.

Des Weiteren spielen unter inhaltlichen Aspekten ganze Ursachenbündel eine Rolle, die zu teilweise divergierenden Ergebnissen führen. Einige Beispiele seien genannt:

142

Universitätsstädte und Städte mit sozialen Problemlagen lassen hohe Armutsgefährdungsquoten erwarten, aber es gibt auch gegenläufige Faktoren

Tendenziell hohe Armutsgefährdungsquoten können sich für Universitätsstädte ergeben, weil die studentischen Einkünfte relativ niedrig sind und staatliche Transferleistungen in der Ausbildungsphase vergleichsweise gering ausfallen. Auch in Großstädten mit großen sozialen Problemlagen sind im Prinzip hohe Armutsgefährdungsquoten zu erwarten. Allerdings kann die hierfür herangezogene 60-Prozent-Schwelle der Armutsgefährdung in Städten mit geringem Durchschnittseinkommen auch schon so niedrig liegen, dass die Regelleistungen nach dem Arbeitslosengeld II und den für Unterkunft und Heizung gewährten Kosten bereits recht nahe an diese Durchschnittswerte herankommen; die Armutsgefährdungsquote auf Basis des Medians der jeweiligen Stadt wird dadurch tendenziell nach unten gedrückt.

Weitere Untersuchungen erforderlich

Eine Untersuchung, die sich ausführlich mit den hier angesprochenen Fragen beschäftigt hat, kommt unter Abwägung verschiedener Aspekte unter anderem zu dem bemerkenswerten Ergebnis, dass bei vielen hier aufgerissenen Fragen die Ursachen nur vor Ort ermittelt werden können.⁸

3. Gesellschaftliche Ausgrenzung (gesellschaftliche Dimension)

Problemstellung

Soziale Unzufriedenheit kann von Einkommenslage abhängig sein, aber nicht nur

Relativ niedrige Einkommen (interregionale Einkommensdisparitäten) und ebenso hohe Einkommensungleichheiten (intraregionale Einkommensdisparitäten) können zu sozialer Unzufriedenheit führen und ein Grund für das Gefühl gesellschaftlicher Ausgeschlossenheit sein. Allerdings können solche Defizite im materiellen Bereich einer Gesellschaft durch Solidarität, gute zwischenmenschliche Beziehungen oder ausgeprägte gesellschaftliche Einbindungen kompensiert werden.

Informationen über „gefühltes Wohlbefinden“ und „erlebte Lebensqualität“ werden wichtig

Wichtig werden deshalb auch Informationen über das „gefühlte Wohlbefinden“ oder „erlebte Lebensqualität“. Solche subjektiven Einschätzungen können allerdings nur über entsprechende Umfragen bei den in einer Stadt oder Region lebenden Menschen gewonnen werden. Wichtige Hinweise hierzu enthält die 2009 zum dritten Mal in verschiedenen Städten Europas durchgeführte Urban-Audit-Befragung.

Bedauerlicherweise wurden in dieser Befragung 2009 nur elf der fünfzehn deutschen Städte mit mehr als 500000 Einwohnern einbezogen; keine entsprechenden Daten liegen für die Städte Hannover, Bremen, Dresden und Duisburg vor.⁹

Armut als Problem

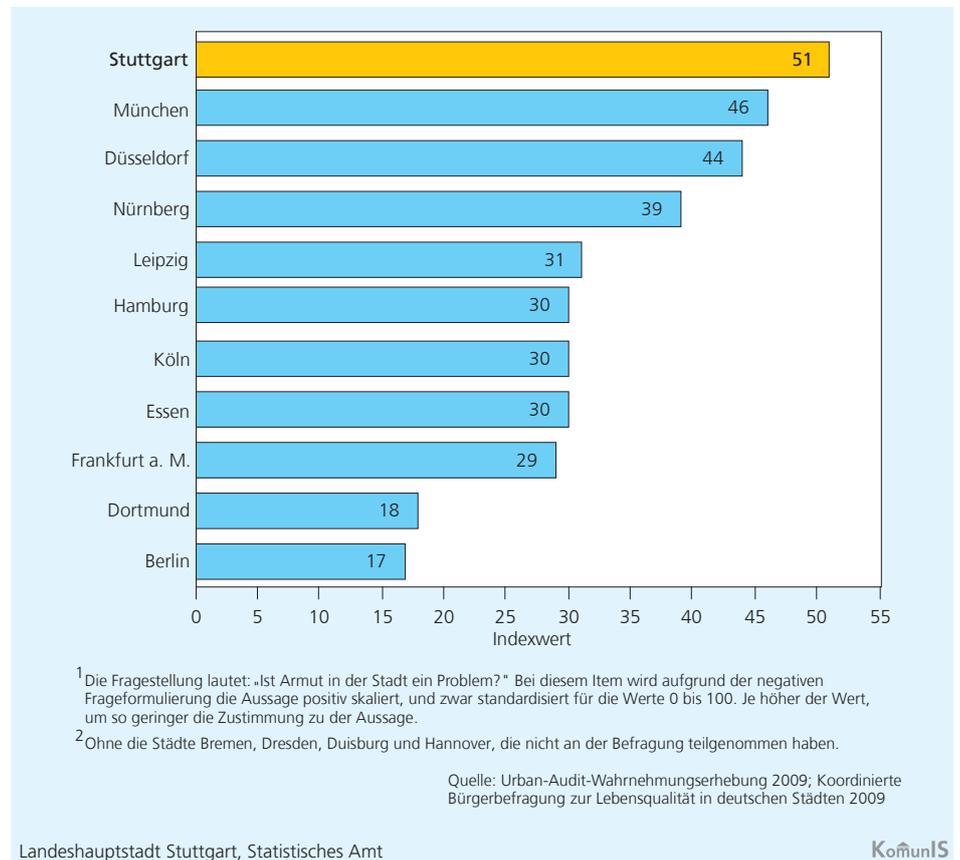
Umfragedaten nur für 11 Großstädte

Eine der dort gestellten Fragen knüpft unmittelbar an den zuvor diskutierten Problembereich der Armutsgefährdung an; sie lautet „Ist Armut in Ihrer Stadt ein Problem?“.

„Gefühlte Armut“ wird in Stuttgart unter allen Städten am wenigsten als Problem empfunden

In Abbildung 6 ist die Beantwortung dieser Frage dargestellt, und zwar dergestalt, dass eine hohe Punktzahl innerhalb der Skala zwischen 0 und 100 eine niedrige „gefühlte Armut“ ausdrückt. Demnach stellt Stuttgart unter den betrachteten elf Großstädten diejenige Stadt dar, in der Armut am wenigsten als Problem empfunden wird; als einzige Stadt liegt in Stuttgart die Punktzahl mit 51 gerade noch in der oberen Hälfte der Skala.

Abbildung 6: Armut als Problem¹ in Städten mit mehr als 500 000² Einwohnern 2009



Auch in München und Düsseldorf ist „gefühlte Armut“ relativ gering

Dahinter sind mit München und Düsseldorf (46 beziehungsweise 44 Punkte) zwei weitere Städte platziert, die sich durch ein hohes Einkommensniveau auszeichnen, gemessen etwa am Verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte je Einwohner (vgl. Abbildung 3). Danach folgt mit Nürnberg (39 Punkte) eine weitere süddeutsche Stadt. 31 bis 29 Punkte weisen fünf Städte mit durchaus unterschiedlicher Struktur auf, nämlich Leipzig mit dem niedrigsten und Hamburg mit dem höchsten Einkommensniveau, außerdem Köln, Essen und Frankfurt am Main, die auch beim Verfügbaren Einkommen je Einwohner einen Mittelplatz einnehmen. Am Ende der Skala stehen Dortmund und Berlin mit lediglich 18 beziehungsweise 17 Punkten und damit zwei Städte, die auch beim Verfügbaren Einkommen hintere Ränge belegen.

Gewisse Parallelität zum VEK

Keine Korrelation zwischen „gefühlter Armut“ und Einkommensdisparität

Dagegen zeigen sich bei einer Gegenüberstellung mit den Armutsgefährdungsquoten auf Basis des Medians der jeweiligen Stadt, die Hinweise auf Einkommensdisparitäten innerhalb der einzelnen Städte geben, keine entsprechenden Gemeinsamkeiten in der Reihenfolge der Städte. Dies trifft insbesondere für die Städte Berlin und Stuttgart zu, die bei der Armutsgefährdungsquote unter den elf Städten an erster beziehungsweise an letzter Stelle liegen, während bei der Frage nach dem Armutsproblem Stuttgart am besten und Berlin am schlechtesten abschneidet. Dies heißt mit anderen Worten: Gerade in Stuttgart, das unter den elf befragten Städten die - gemessen an der Armutsgefährdungsquote - höchste intraregionale Einkommensdisparität aufweist (vgl. Abbildung 5), ist die gefühlte Armut besonders niedrig ausgeprägt, während umgekehrt in Berlin als der Stadt mit der insoweit geringsten intraregionalen Einkommensungleichheit die Armut als besonders gravierend empfunden wird.

Demzufolge ist für „gefühlte Armut“ weniger die Einkommensdisparität als die durchschnittliche Einkommenshöhe in der Stadt entscheidend

Dies könnte zu der Schlussfolgerung führen, dass sich die Menschen bei der Beantwortung der Frage, ob Armut in ihrer Stadt ein Problem darstellt, offensichtlich eher an der Höhe des Individualeinkommens im interregionalem Vergleich zwischen den Städten orientieren und weniger die Verhältnisse innerhalb der jeweiligen Stadt im Sinne eines intraregionalen Vergleichs im Blick haben. Bemerkenswerte Ausnahmen bilden vor allem Hamburg als die Stadt mit dem höchsten und Leipzig als die Stadt mit dem niedrigsten Einkommensniveau (vgl. Abbildung 3), die aber beide bei der Frage nach der Armut als Problem einen mittleren Platz einnehmen.

Integration von Ausländern

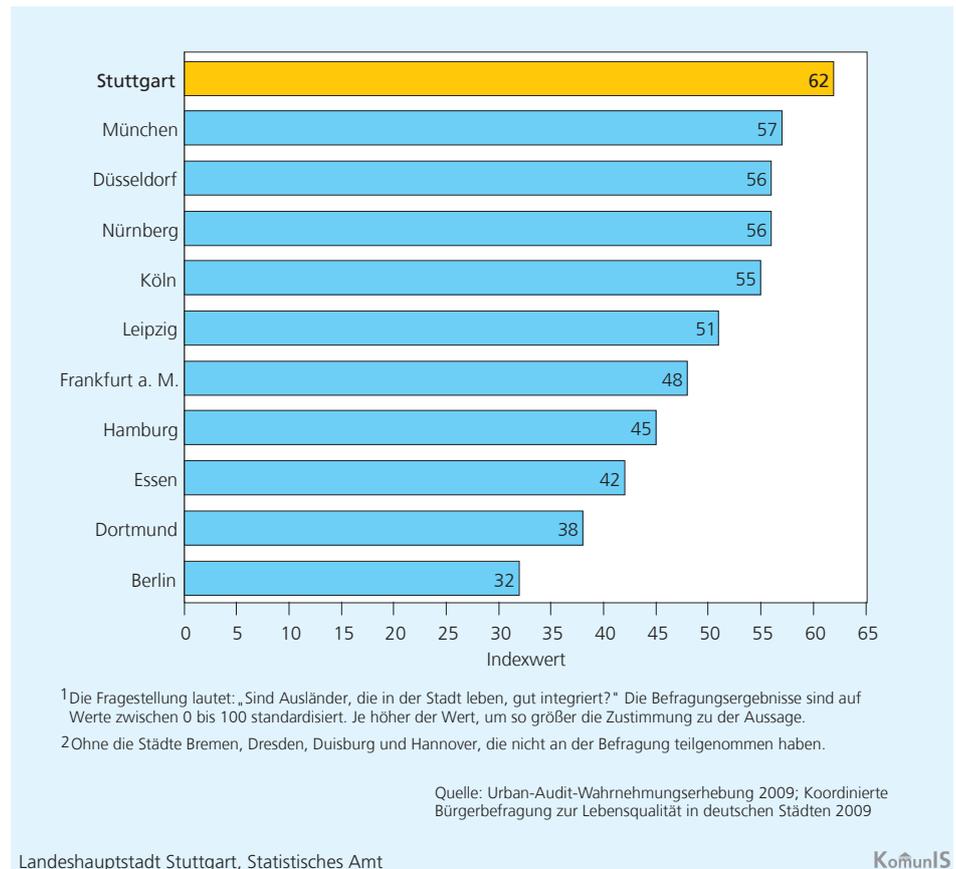
Bemerkenswerte Parallelität im Städte-ranking zwischen „gefühlter Armut“ und Ausländerintegration

Unter dem Aspekt gesellschaftlicher Ausgrenzung wurde in der genannten Urban-Audit-Befragung eine weitere Frage untersucht, nämlich „Sind Ausländer, die in Ihrer Stadt leben, gut integriert?“ Die Ergebnisse sind in Abbildung 7 wiedergegeben. In der Gegenüberstellung zur gefühlten Armut (vgl. Abbildung 6) ergeben sich ganz bemerkenswerte Parallelitäten in der Rangabfolge: An der Spitze liegt wiederum Stuttgart (62 Punkte) vor München, Düsseldorf, Nürnberg und Köln mit 57 bis 55 Punkten. Frankfurt, das sich durch einen besonders hohen Anteil ausländischer Mitbürger auszeichnet, hat sich mit 48 Punkten noch vor Hamburg und die beiden Ruhrgebietsstädte Essen und Dortmund geschoben. Am Ende bleibt allerdings auch hier mit recht deutlichem Abstand die Bundeshauptstadt Berlin. Leipzig belegt mit 51 Punkten erneut einen mittleren Platz.

Stuttgart als Stadt mit besonders hoher Lebensqualität

Stuttgart wird also als eine Stadt empfunden, bei der trotz ausgeprägter Einkommensdisparität unter den dort lebenden Menschen und einem großen Anteil ausländischer Mitbürger und Migranten eine hohe Lebensqualität besteht, die dort lebenden Menschen sich in der baden-württembergischen Landeshauptstadt also offensichtlich recht wohl fühlen.

Abbildung 7: Integration von Ausländern¹ in Städten mit mehr als 500 000 Einwohnern² 2009



Qualität des öffentlichen Lebens jetzt und in Zukunft wird auch von der Verschuldung einer Stadt bestimmt

Kommunale Verschuldung steht außerdem für Nachhaltigkeit

Verschuldungsgrad der Großstädte sehr unterschiedlich ausgeprägt

Dresden fast schuldenfrei, ...

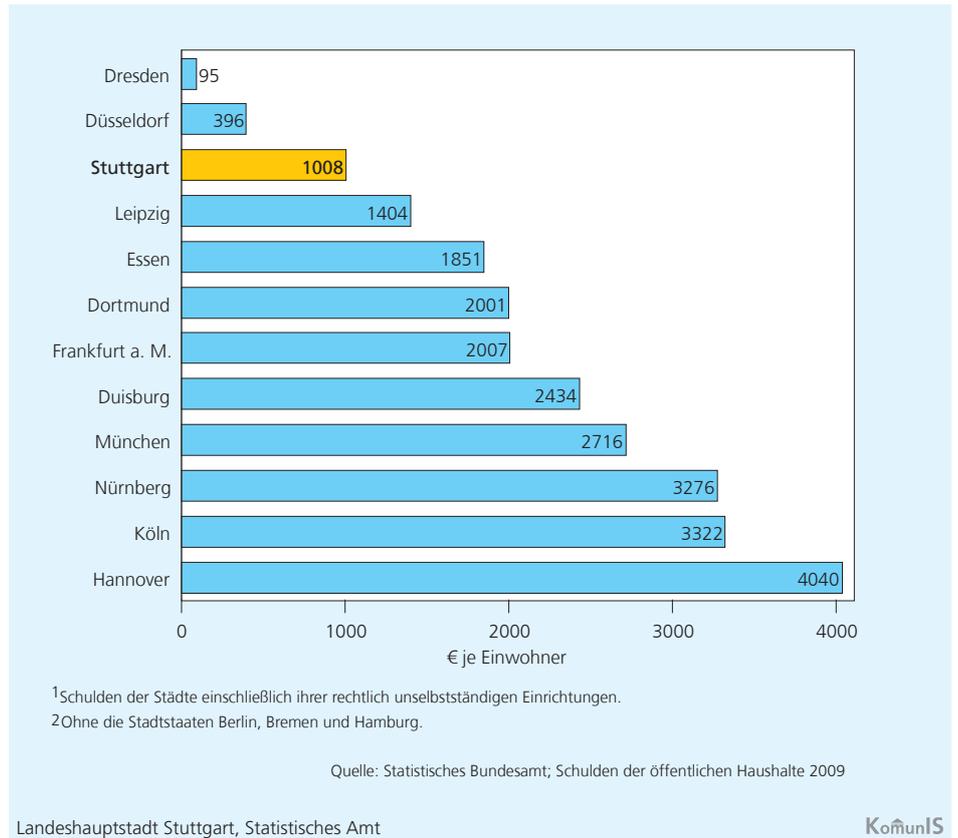
4. Öffentliche Verschuldung (fiskalische Dimension)

Die Qualität des öffentlichen Lebens wird maßgeblich auch davon bestimmt, in welchem Umfang die Kommune öffentliche Einrichtungen zur Verfügung stellt oder öffentliche Aufgaben im Interesse der in der Stadt und ihrer Region lebenden Menschen übernimmt. Dies hängt in entscheidendem Maße von den finanziellen Spielräumen der betreffenden Stadt ab und damit – neben der Höhe laufender Einnahmen – auch von den Belastungen durch Zins und Tilgung aufgelaufener Schulden. Dementsprechend prägt das Ausmaß der Verschuldung einer Kommune das öffentliche Leben und den Wohlstand der dort lebenden Menschen in der Gegenwart und noch mehr in der Zukunft.

Die kommunale Verschuldung einer Stadt ist somit ein geeigneter Indikator, um die Aspekte privaten Reichtums beziehungsweise privater Armut zu ergänzen, die hier mit Blick auf die ökonomische Dimension (Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen, Einkommen je Einwohner) oder die sozio-ökonomische Dimension (Armutsgefährdungsquoten) zum Ausdruck gebracht wurden. Er steht gleichzeitig für die Nachhaltigkeit politischen Handelns, weil ein hoher Schuldenstand nicht nur die Möglichkeiten kommunaler Aktivitäten einschränkt, sondern auch für die Erfordernis künftiger Zins- und Tilgungsleistungen beziehungsweise höherer Steuern und Gebühren steht, die von künftigen Generationen aufzubringen sind.

In Abbildung 8 sind die Pro-Kopf-Schulden der zwölf größten Städte (ohne Stadtstaaten) einschließlich ihrer rechtlich unselbstständigen Einrichtungen (Fonds, Einrichtungen und Unternehmen) zum 31. Dezember 2009 aufgelistet. Das Schaubild zeigt extreme Unterschiede zwischen diesen Städten. Auf der einen Seite steht die sächsische Landeshauptstadt Dresden, der es gelungen ist, durch den Verkauf von 48 000 bis dahin kommunalen Wohnungen im Jahre 2006 nahezu alle Schulden abzubauen – am Ende des Jahres 2009 beliefen sich die kommunalen Schulden Dresdens auf nur noch 95 € pro Einwohner. Am anderen Ende der Skala steht die Stadt Hannover mit 4040 € je Einwohner kommunaler Schulden.

Abbildung 8: Kommunale Schulden¹ je Einwohner in Städten mit mehr als 500 000 Einwohnern² am 31. Dezember 2009



146

... danach folgen Düsseldorf und Stuttgart

Mit 396 € je Einwohner hat die nordrhein-westfälische Hauptstadt Düsseldorf ebenfalls einen relativ niedrigen Schuldenstand aufzuweisen, danach folgt bereits Stuttgart mit 1008 € je Einwohner, und zwar vor Leipzig, der zweiten sächsischen Großstadt mit 1404 € je Einwohner. Die nächsten vier Plätze nehmen die drei Ruhrgebietsstädte Essen, Dortmund und Duisburg sowie Frankfurt am Main ein – der Schuldenstand lag in diesen Städten Ende 2009 zwischen 1851 und 2434 € je Einwohner. Schon etwas höher war der kommunale Schuldenstand in den bayerischen Städten München und Nürnberg mit 2716 beziehungsweise 3276 € je Einwohner, gefolgt von Köln mit 3322 € je Einwohner.

Keine ausgeprägte Parallelität zwischen Schuldenstand und Wirtschaftskraft erkennbar

Es scheint, als ob die Höhe der kommunalen Verschuldung unter den zwölf Städten (ohne Stadtstaaten) weitgehend eigenen Besonderheiten folgt. Insbesondere ist keine ausgeprägte Parallelität zur Wirtschaftskraft oder zum Einkommensniveau festzustellen. Immerhin gehört Stuttgart zusammen mit Düsseldorf zu den wirtschaftsstarken Städten, die auch eine niedrige Verschuldung aufzuweisen haben.

5. Natur- und Ressourcenverbrauch (ökologische Dimension)

Ökologischer Aspekt sehr wichtig für Wohlbefinden von Menschen

Zweifelsohne gehören Fragen der Umweltbelastung zu dem Bereich des Lebens, der für das Wohlbefinden der Menschen von zentraler Bedeutung ist. Luftqualität, Sauberkeit des Wassers, Lärmbelästigung und frei zugängliche Natur sind Stichworte, die Teil eines umfassenden Umweltsystems sind.

„Ökologischer Fußabdruck“ des „Denkwerks Zukunft“ ...

Das „Denkwerk Zukunft“ hat als Indikator für die Umwelt den Natur- und Ressourcenverbrauch gewählt und hierbei den sogenannten „ökologischen Fußabdruck“, der unter anderem die Wald-, Ackerland- und Siedlungsfläche misst, die eine Bevölkerung für die Produktion der von ihr konsumierten Güter und Dienste sowie die Absorption der dabei erzeugten Emissionen benötigt.

... steht für Städte nicht zur Verfügung

Ein solcher komplexer Indikator zur Messung umfassender ökologischer Tatbestände steht für Städte nicht zur Verfügung. Deshalb wird hier auf den für alle Stadt- und

Landkreise ermittelbaren Anteil der Siedlungs- und Verkehrsflächen an der Gesamtfläche einer Stadt abgehoben, der von der amtlichen Statistik über die Flächenerhebung, zuletzt zum 31. Dezember 2008, zur Verfügung gestellt wird.

Beim hier verwendeten Anteil der Siedlungs- und Verkehrsflächen an der Gesamtfläche sind erhebliche inhaltliche Abstriche zu machen

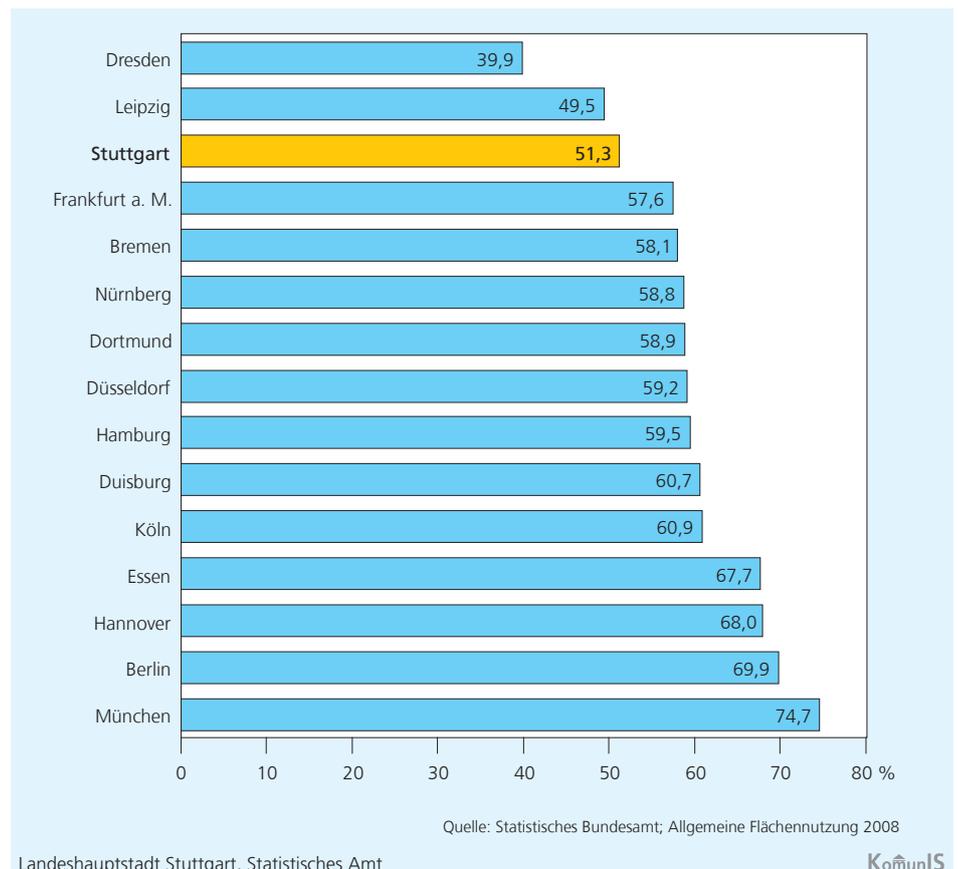
Gegenüber dem ökologischen Fußabdruck weist diese Quote erhebliche Abstriche auf, sie kann natürlich die ökologische Situation einer Stadt keineswegs so umfassend beschreiben. Auch ist darauf hinzuweisen, dass der Anteil der Siedlungs- und Verkehrsflächen in beträchtlichem Maße von den topografischen Gegebenheiten einer Stadt abhängt, außerdem von administrativen Faktoren, nämlich in welchem Umfang eher ländlich strukturierte, also dünn besiedelte Vororte zum Gebiet einer Großstadt zählen, beziehungsweise schließlich von dem für die Stadtplanung wichtigen Umstand, ob die Stadt eher mit steigenden oder eher mit sinkenden Bevölkerungszahlen rechnen kann.

Geringster Siedlungs- und Verkehrsflächenanteil in den beiden sächsischen Städten, ...

Abbildung 9 zeigt den Anteil der Siedlungs- und Verkehrsflächen an der Gesamtfläche der fünfzehn Großstädte zum 31. Dezember 2008. Weniger als die Hälfte der Gesamtfläche bedeckt die Siedlungs- und Verkehrsfläche in den beiden ostdeutschen Städten Dresden (39,9 %) und Leipzig (49,5 %). Danach folgt bereits Stuttgart mit einem Anteil von 51,3 Prozent. Neben anderen Kriterien spielt hierfür sicherlich auch die topografische Lage dieser Stadt „zwischen Wald und Reben“ eine wichtige Rolle.

... aber auch in Stuttgart nur bei gut der Hälfte

Abbildung 9: Anteil der Siedlungs- und Verkehrsflächen an der Gesamtfläche in Städten mit mehr als 500 000 Einwohnern am 31. Dezember 2008



Über zwei Drittel Siedlungs- und Verkehrsflächenanteil in München, Berlin, Hannover und Essen

Die weitere Reihenfolge der Großstädte folgt keinen klaren Regeln. Nimmt man die neben Stuttgart vier anderen Städte mit hoher Wirtschaftskraft, so folgt auf dem 4. Platz Frankfurt am Main mit 57,6 Prozent, Düsseldorf und Hamburg belegen mit 59,2 beziehungsweise 59,5 Prozent einen ungefähr mittleren Platz; den höchsten Anteil hat München zu verzeichnen – nahezu drei Viertel der Gesamtfläche der bayrischen Metropole entfallen auf Siedlungs- und Verkehrsflächen. Eine Quote von mehr als zwei Drittel haben außerdem die Städte Berlin, Hannover und Essen aufzuweisen.

Statistischer Nachholbedarf bei ökologischen Indikatoren für Städte

Wie ausgeführt kann der Anteil der Siedlungs- und Verkehrsflächen an der Gesamtfläche einer Stadt nur mit beträchtlichen Abstrichen als ein Indikator für den Natur- und Ressourcenverbrauch beziehungsweise Aspekte der Umweltbelastung betrachtet werden. Dies ist Teil des Problems, dass die amtliche Statistik keine wirklich geeigneten, umfassenden Indikatoren zur Messung der Umweltqualität für Stadt- und Landkreise zur Verfügung stellen kann. So sind unter den hier erforderlichen Qualitätsaspekten Daten über den Wasserverbrauch, die Abwasserbeseitigung oder die Abfallentsorgung wenig hilfreich. Und andere Indikatoren, wie beispielsweise der CO₂-Ausstoß für Gemeinden beziehungsweise Stadt- und Landkreise, werden nur punktuell in einigen Statistischen Landesämtern berechnet, nicht jedoch durchgängig für alle Kreise der Bundesrepublik Deutschland.

Autor:

Dr. Werner Münzenmaier

Telefon: (0711) 279-3517

E-Mail: werner.muenzenmaier@fm.bwl.de

- 1 Dr. Werner Münzenmaier war Referent im Statistischen Landesamt Baden-Württemberg und dort unter anderem für die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen zuständig.
- 2 Vgl. zum Beispiel Statistisches Bundesamt (Hrsg): Wohlfahrtsmessung – Beiträge aus Wissenschaft und amtlicher Statistik zum Stiglitz-Sen-Fitoussi-Report, 19. Wissenschaftliches Kolloquium gemeinsam mit der Deutschen Statistischen Gesellschaft, 11. - 12. Dezember 2010, Wiesbaden (Programmheft); vgl. auch Braakmann, Albert: Zur Wachstums- und Wohlfahrtsmessung - Die Vorschläge der Stiglitz-Sen-Fitoussi-Kommission und der Initiative "BIP und mehr", in: *Wirtschaft und Statistik*, Jahrgang 2010, Monatsheft 7, S. 609 - 614.
- 3 Vgl. Münzenmaier, Werner: Zur Messung des Wohlstands in Großstädten – Überlegungen für ein Indikatorenset, in: *Statistik und Informationsmanagement*, 70. Jahrgang (2011), Monatsheft 3, S. 94 - 103.
- 4 Vgl. Wahl, Stefanie/Schulte, Martin/Butzmann, Elias: Das Wohlstandsquartett: Zur Messung des Wohlstands in Deutschland und anderen früh industrialisierten Ländern, herausgegeben vom Denkwerk Zukunft – Stiftung kulturelle Erneuerung, Bonn 2010.
- 5 Vgl. hierzu und im Folgenden Münzenmaier, Werner: Indikatoren zu Wirtschaftskraft und Einkommenssituation deutscher Großstädte im Jahre 2002 - Vergleichende Darstellung anhand von regionalen Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen, in: *Thünen-Series of Applied Economic Theory - Thünen-Reihe Angewandter Volkswirtschaftstheorie*, herausgegeben von der Universität Rostock, Working Paper No. 51 (2005), S. 29 - 81.
- 6 Vgl. Münzenmaier, Werner: Stuttgart bleibt bei gesamtwirtschaftlichen Indikatoren an der Spitze der Großstädte – Ergebnisse der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen 2005, in: *Statistik und Informationsmanagement*, 66. Jahrgang (2007), Monatsheft 9, S. 278 - 280; derselbe: Wirtschaftskraft und Einkommenssituation in fünf deutschen Großstädten und ihren Regionen, in: *Statistik und Informationsmanagement*, 68. Jahrgang (2009), Monatsheft 2, S. 41 - 62.
- 7 Die nachfolgenden Ausführungen lehnen sich an zwei Aufsätze des Statistischen Landesamts Baden-Württemberg an, die sich mit diesen Fragen ausführlich beschäftigt haben: Vgl. Krentz, Ariane: Armutsgefährdung in Baden-Württemberg; dieselbe: Ermittlung der Armutsgefährdungsquoten und Armutsgefährdungsschwellen - Methodische Grundlagen zur Messung von Armut, in: *Statistisches Monatsheft Baden-Württemberg*, Jahrgang 2011, Monatsheft 1, S. 11 - 15 beziehungsweise S. 16/17.
- 8 Vgl. Eichhorn, Lothar/Huter, Jessica/Ebigt, Sascha: Reiche und arme Regionen, Reichtum und Armut in den Regionen - Zur sozialen Geographie Deutschlands, in: *Statistische Monatshefte Niedersachsen*, Jahrgang 2010, Monatsheft 6, S. 286 - 304, insbesondere S. 291 - 298.
- 9 Vgl. Schöb, Anke: Stuttgart im europäischen Städtevergleich - Ergebnisse der dritten europäischen Urban Audit-Befragung 2009, in: *Statistik und Informationsmanagement*, 69. Jahrgang (2010), Monatsheft 11, S. 237 - 272.

Ihre Meinung ist gefragt!



Die Ergebnisse der Bürgerumfrage 2009 in der Gesamtschau

mit Beiträgen von:

Anke Schöb
Erste Ergebnisse der Stuttgarter
Bürgerumfrage 2009

Jochen Gieck
Verkehrsmittelwahl und Fahrradnutzung

Joachim Eicken, Birgitt Lott
Das Ehrenamt in Stuttgart

Dr. Martin Schairer, Anke Schöb, Thomas Schwarz
Öffentliche Sicherheit in Stuttgart
Das Sicherheitsgefühl ist so wichtig wie
die Kriminalstatistik
Ergebnisse der Bürgerumfragen
von 1999 bis 2009

2009, 425 Seiten, zahlreiche Tabellen,
Grafiken

11 € (zuzüglich Versandkosten)

ISSN 1431-0996

Landeshauptstadt Stuttgart
Statistisches Amt

Eberhardstraße 39
70173 Stuttgart

Telefon 0711 216-98587
Telefax 0711 216-98570

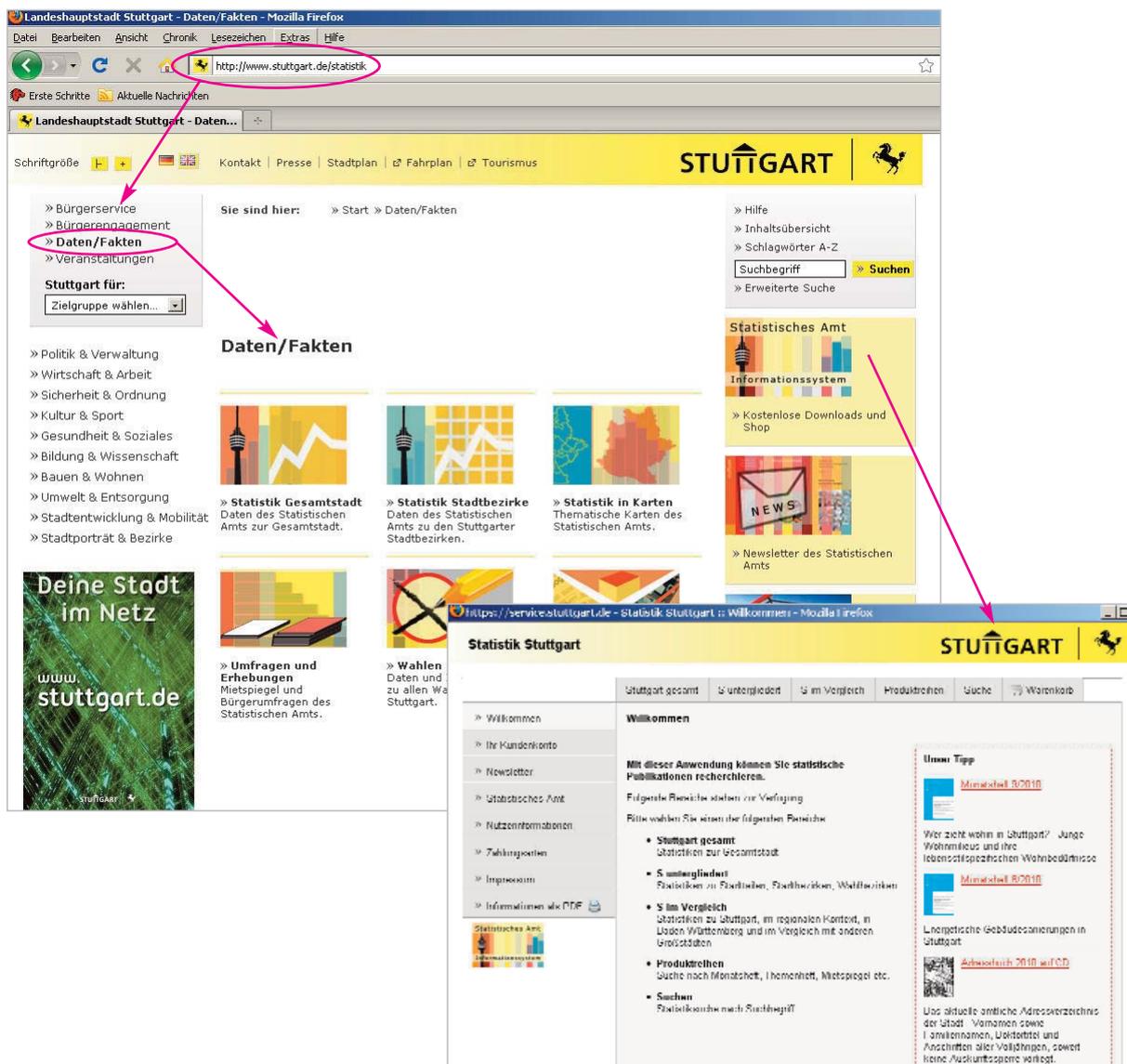
E-Mail: poststelle.12@stuttgart.de

Internet: www.stuttgart.de/statistik

Lust auf mehr? Dann besuchen Sie unsere Homepage unter

www.stuttgart.de/statistik

Hier finden Sie die gesamte Themenpalette der Statistik mit kostenlosen Downloads, Shop und Newsletter des Statistischen Amts



**Landeshauptstadt Stuttgart
Statistisches Amt**

Eberhardstraße 39
70173 Stuttgart

Telefon 0711 216-98587
Telefax 0711 216-98570

E-Mail: poststelle.12@stuttgart.de

Internet: www.stuttgart.de/statistik

Mietspiegel 2011/2012



The cover of the 'Mietspiegel 2011/2012' report is shown in a grey frame. On the left side, the word 'STUTTGART' is written vertically in a bold, sans-serif font. At the top right of the cover, the title 'Mietspiegel 2011/2012' is printed. Below the title, it says 'Herausgebern: Landeshauptstadt Stuttgart'. The central part of the cover features a black and white photograph of a dense residential area in Stuttgart, viewed from an elevated perspective. In the bottom left corner of the cover, there is a small logo of a rearing horse. To the right of the cover, the text 'Qualifizierter Mietspiegel 2011/2012 für Stuttgart' is displayed in a large, bold, sans-serif font. Below this, a smaller paragraph reads: 'Neu aufgestellt auf der Grundlage einer repräsentativen Stichprobenerhebung vom April 2010'.

2010, 14 Seiten
6,50 € (zuzüglich Versandkosten)

Landeshauptstadt Stuttgart
Statistisches Amt

Eberhardstraße 39
70173 Stuttgart

Telefon 0711 216-98587
Telefax 0711 216-98570

E-Mail: poststelle.12@stuttgart.de

Internet: www.stuttgart.de/statistik

Veröffentlichungen zu den Themen:

Werner Münzenmaier:

Zur Messung des Wohlstands in Großstädten – Überlegungen für ein Indikatorenset,

Landeshauptstadt Stuttgart, Statistik und Informationsmanagement,
Monatsheft 3/2011, S. 94-103

Bevölkerung, Erwerbstätigkeit und Wirtschaftskraft in Stuttgart und anderen größeren Städten 1996 und 2008,

Landeshauptstadt Stuttgart, Statistik und Informationsmanagement,
Monatsheft 12/2010, S. 301-309

Wirtschaftskraft und Einkommenssituation in fünf deutschen Großstädten und ihren Regionen,

Landeshauptstadt Stuttgart, Statistik und Informationsmanagement,
Monatsheft 2/2009, S. 41-62

Anke Schöb:

Bericht zur städtischen Lebensqualität in Deutschland und Europa erschienen,

Landeshauptstadt Stuttgart, Statistik und Informationsmanagement,
Monatsheft 8/2009, S. 228

Birgit Lott:

Lebensstilbefragung in Stuttgart 2008 – Zur praktischen Durchführung einer Online-Befragung im Mixed-Mode-Ansatz,

Landeshauptstadt Stuttgart, Statistik und Informationsmanagement,
Monatsheft 4/2009, S. 106-110